

Die Gewerkschaft.

Organ für die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Redaktion, Verlag und Expedition:
Berlin W. 57, Bülowstr. 21.
Telephon: Amt 9, Nr. 6488.
Die Gewerkschaft erscheint alle 14 Tage Freitags.
Redaktionschluss:
8 Tage vor dem Erscheinen.

Motto:
Staats- und Gemeinde-Betriebe
sollen Musterinstitute sein.

Bezugspreise.
Durch die Post (Zeitungsvorliste Nr. 3164) ohne Postgeld 0,80 Mk. vierteljährlich, unter Streifenband 1,40 Mk. Einzelnummer 0,20 Mk.
Anzeigen.
Die dreispaltige Zeitspalte 30 Pf.; bei Wiederholung billiger; für die Organisationen der Gemeinde- und Staatsarbeiter 15 Pf.

Nr. 22.

Berlin, den 30. Oktober 1903.

7. Jahrg.

Zur Ausgestaltung der inneren Organisation der Filialen.

Unseren Mitgliedern dürfte nun nach einer längeren Zeit praktischer Arbeit innerhalb unseres Verbandes klar geworden sein, daß zur Wahrung der Interessen der Mitglieder und glatten Erledigung aller laufenden Geschäfte in den Filialen etwas mehr erforderlich ist, als dann und wann nur eine Versammlung oder noch seltener eine Sitzung abzuhalten. Die Mitglieder des Hauptverbandes haben schon sehr oft die Wahrnehmung machen müssen, daß in vielen Filialen nicht im Sinne des Statuts gearbeitet wird. Insbesondere wird sehr oft vergessen, daß der Filialvorstand eine kollegiale Körperschaft ist, die alle maßgebenden Beschlüsse gemeinschaftlich zu fassen hat. Manchmal liegt das an dem Vorwissen, das es verabsäumt, von Zeit zu Zeit Vorstandssitzungen einzuberufen; aber noch häufiger liegt es an den anderen Vorstandsmitgliedern, die nicht darauf dringen, daß sie zu Sitzungen einberufen werden, aber auch, daß sie die Sitzungen schwächen.

Um die allgemeinen Geschäfte der Filiale hat sich der gesamte Filialvorstand zu kümmern. Es ist Pflicht eines jeden Vorstandsmitgliedes, sich davon zu überzeugen, daß alle Filialgeschäfte ordnungsmäßig erledigt werden. Die Arbeit selbst muß wiederum geteilt werden. Im allgemeinen sieht ja schon das Statut eine bestimmte Teilung der Arbeit vor und befragt, welche Funktionen der Vorsitzende, der Kassierer, der Schriftführer und die Beisitzer haben. Aber die Erfahrung hat gezeigt, daß viele wichtige Verbandsaufgaben nicht ordnungsgemäß erledigt werden, und deshalb ist es notwendig, bestimmte Organisationspläne für einzelne Filialen zu schaffen. Solche Pläne müssen sich natürlich der Größe der Filiale und den örtlichen Verhältnissen anpassen. Die erste planmäßige Organisationsarbeit innerhalb unseres Verbandes leitete die Filiale Hamburg. Nachdem die Berliner Filialen zu einer verschmolzen wurden, machte sich ganz naturgemäß auch hier eine derartige Grundlage erforderlich, und zu Aufzählung der Filialen, lassen wir den

Berliner Organisationsplan.

wie er in der kombinierten Versammlung am 8. September d. V. angenommen worden ist, folgen:

Die Verbandsfiliale Berlin, deren Wirkungskreis sich auf Groß-Berlin erstreckt, gibt sich zur Erledigung ihrer geschäftlichen Angelegenheiten eine innere Organisation, die sich aus folgenden Körperschaften resp. Einrichtungen zusammensetzt:

1. Mitgliederversammlungen,
2. Filialvorstand,
3. Erweiterte Verwaltung,
4. Sektionen,
5. Beitragsammler,
6. Revisoren.

Mitgliederversammlung der Filiale.

Die Verbandsfiliale Berlin hält ihre Mitglieder versammlungen alle 5 Wochen ab. Es können aber auch, falls Zeit und Umstände es gebieten, außer der Reihe sogenannte außergewöhnliche Mitglieder versammlungen einberufen werden. Dieselben müssen in geeigneter Form den Mitgliedern rechtzeitig bekannt gemacht werden. Alle Vierteljahre muß in einer sogenannten Generalversammlung der Kassierbericht gegeben werden. Alle Verbands- und Filialangelegenheiten werden in den Mitglieder versammlungen erledigt.

Die Mitglieder versammlung wählt den

Filialvorstand,

welcher aus 7 Personen besteht. Der Filialvorstand ist so zusammenzusetzen, daß mindestens vier seiner Mitglieder regelmäßig an den Vorstandssitzungen, die alle 14 Tage stattfinden, teilnehmen können.

Dem Filialvorstand sind alle Angelegenheiten der Filiale zur weiteren Veranlassung zu unterbreiten. Der Filialvorstand leitet die Geschäfte der Filiale und führt die ganze Organisations- und Verberbeit innerhalb des Filialbezuges durch.

Abm zur Seite steht die

erweiterte Verwaltung.

welche sich aus den Sektionsführern zusammensetzt. Den gemeinsamen Beschlüssen des Vorstandes und der erweiterten Verwaltung unterliegen alle vorbereitenden

Maßnahmen von größerer Bedeutung, desgleichen auch die Ausführung besonders wichtiger Beschlüsse der Mitglieder versammlungen. Bei Beratungen über Lohnbewegungen, Anstellung von Hilfsarbeitern im Filialbüro, größeren Inventarbeschaffungen, soweit sie mit dem Budget in Einklang zu bringen sind, wie überhaupt aller nicht aus dem ordentlichen Geschäftsgang sich ergebenden Ausgaben, ist die erweiterte Verwaltung hinzuzuziehen. Bis auf weiteres tritt die erweiterte Verwaltung mindestens vierteljährlich einmal zu einer Sitzung mit dem Filialvorstand zusammen. Es gehört ferner zu ihren Obliegenheiten, die Geschäftsordnung für das Filialbüro festzusetzen. Eventuelle Suspensionen von den Leitern der Filiale können, sofern grobe Verstöße gegen das Statut vorliegen, nur in Gemeinschaft mit der erweiterten Verwaltung ausgesprochen werden. Die Überwachung der Ausführung der Geschäfte ist Sache des Filialvorstandes.

Die Sektionen sind ein Träger der Filialorganisation und bilden sich auf der natürlichen Grundlage der Betriebsorganisation. In der Spitze einer Sektion steht eine Sektionsleitung, im allgemeinen aus drei Personen bestehend, nämlich dem Sektionsführer, dem Sektionskassierer und dem Schriftführer. Aufgabe der Sektionsleitung ist es, die Tätigkeit der Beitragsammler zu überwachen und dienstliche Revisionen vorzunehmen. Ferner haben sie den Filialvorstand in der Organisations- und Verberbeit nach Möglichkeit zu unterstützen. Des weiteren haben die Sektionen sich in erster Linie die Pflege der speziellen U. V. bezm. Arbeitsinteressen anzulegen, die in U. V. mit Ausnahme der den Mitglieder versammlungen obliegenden Verbandsangelegenheiten. Zu diesem Zwecke finden nach Bedarf, in Zwischenräumen von 3 bis 4 Wochen, Sektionsversammlungen statt.

Die Bildung neuer Sektionen unterliegt der Genehmigung des Filialvorstandes.

In Fällen, welche dringende Branchenverhältnisse betreffen, sind mit Zustimmung der Filialleitung besondere Sektionsversammlungen zulässig.

Kassienführung.

Um eine regelmäßige Kassienführung zu ermöglichen, gelten folgende Bestimmungen:

Die Kassienführung der Filiale ruht in den Händen des Filialkassierers. Um eine regelmäßige Ablieferung der Beiträge usw. zu ermöglichen, werden dem Sektionskassierer zu seiner Erleichterung aus den Reihen der Mitglieder sogenannte Beitragsammler gestellt. Die Wahl resp. Bestätigung derselben erfolgt in der Sektionsversammlung.

Die Ausführung der Geschäfte vollzieht sich folgendermaßen:

Beitragsammler.

Dieselben ziehen von den Mitgliedern die Beiträge ein und verteilen an die Mitglieder die Verbandsdruck sachen, Zeitung, Dankschreiben usw. Zur ordnungsmäßigen Erledigung ihrer Obliegenheiten werden die Beitragsammler mit dem erforderlichen Material und Utensilien ausgerüstet. Für jeden Betrieb bezm. für jede Dienststelle sind Beitragsammler zu bestimmen, jedoch sollen in der Regel einem Beitragsammler nicht über 20 Mitglieder zugewiesen werden.

Wo sich die Unmöglichkeit eines derartigen Sammelns ergibt, bleibt es der Sektionsleitung mit Zustimmung des Filialvorstandes überlassen, andere Formen zu finden.

Die einfachsten Beiträge werden zunächst in das Filialbüro und vor Ablieferung an den Sektionskassierer in das Beitragsammelbuch eingetragen. Die Abrechnung erfolgt monatlich und muß zum 4. jedes Monats für den vorausgehenden der Beitragsammler auf Grund der Beitragsammelbücher mit dem

Sektionskassierer

abrechnen. Der Sektionskassierer ist verpflichtet, falls bis zum 3. d. M. die Abrechnung nicht erfolgt, den Beitragsammler sofort aufzufinden und zur Abrechnung anzuhalten und ihn, wenn erforderlich, behilflich zu sein. Dem Sektionskassierer sind alle Beitragsammler seiner Sektion unterstellt. Der Sektionskassierer führt eine Mitgliederkontrolle. Auf besonderem Abrechnungsbogen stellt er die von den Beitragsammlern erhaltenen Beiträge zusammen, ebenso die den in Frage kommenden Beiträgen zutreffenden Entschädigungen und führt die Kasse nebst Beitragsammelbüchern der Beitragsammler und die Abrechnung an den Filialkassierer

ab. Für ihre Tätigkeit erhalten die Sektions- und Beitragsammler eine Entschädigung, deren Höhe von der Mitglieder versammlung festgelegt wird. Diese Abrechnung muß spätestens bis zum 15. jedes Monats erfolgt sein, andernfalls der

Filialkassierer

verpflichtet ist, den Sektionskassierer am folgenden Tage aufzufinden und zur Abrechnung anzuhalten. Der Filialkassierer trägt die in den Beitragsammelbüchern vermerkten Beitragsleistungen in die im Filialbüro liegenden Mitgliederkarten (Kassensysteme) ein. Die weiteren Funktionen des Filialkassierers ergeben sich aus den noch festzusetzenden Bestimmungen. Das weitere der Kassienführung, die Art der Belegung der Kasse und dergleichen befragt die Geschäftsordnung.

Die Revision der Kassienführung erfolgt in der Weise, daß zunächst der Filialvorstand Revisionen der Kassensysteme von der Sektionskassierer vornehmen kann und in gegebenen Fällen sie auch unvermutet vornehmen muß. Die Sektionsleistungen sind ihrerseits gehalten, die Beitragsammler zu revidieren. Die Mitglieder versammlung wählt ihrerseits drei tüchtige sachkundige

Revisoren.

deren Aufgabe es ist, die gesamte Kassienführung der Filiale regelmäßig einmal im Quartal zu revidieren. Die Revisoren haben das Recht und die Pflicht, unvermutete Revisionen abzuhalten. Die Revisoren wählen unter sich einen Obmann, dessen Aufgabe es ist, die Revisionen anzuordnen. Die Revisoren sind Mitglieder der erweiterten Verwaltung und erhalten eine entsprechende und sonstige Ausgabenvergütung nach den in der Filiale geltenden Grundätzen.

Die Mitgliedsbücher

werden nur von der Geschäftsstelle der Filiale aufgestellt. Deshalb sind die Eintrittserklärungen von den Verbandsfunktionären schnellstens dahin zu richten. Die Geschäftsstelle führt die neuen Mitgliedsbücher an die Sektionskassierer, welche sie möglichst noch am Tage des Empfangs den betreffenden Unterassistenten zuschleusen haben. Zwischen Aufnahme und Auswändigung der Mitgliedsbücher sollen in der Regel nicht mehr als fünf Tage liegen.

Der Hamburger Organisationsplan

sieht im Prinzip ebenso aus, nur unterscheidet er sich in einigen Punkten von dem Berliner. In Hamburg ist das Hauskassiereramt durchgeführt und stehen deshalb an Stelle der Sektionsleistungen einfach die Direktführer. Die Sektionsbildung ist da nicht durchgeführt, sondern finden nach Bedarf Verbandsversammlungen statt. Hamburg, Altona, Wandsbek und Wilhelmsburg gehören zu einer Filiale, und dieses ganze Filialgebiet, das räumlich das der Filiale Groß-Berlin noch übersteigt dürfte, ist in 11 Distrikte, deren jeder von einem Distriktsführer veraltet wird, eingeteilt. Jedem Distriktsführer unterstehen je nach Bedürfnis 4 bis 6 oder mehr Unterassistenten. Die Hamburger erweiterte Verwaltung besteht aus dem Filialvorstand, Distriktsführer und Revisoren. So wie die Dinge jetzt liegen, ist die ganze Geschäftsführung in der Hamburger Filiale allerdings viel einfacher und vor allen Dingen wesentlich einheitlicher. Es in absehbarer Zeit eine weitere Vereinfachung z. B. durch Anstellung und feste Befoldung von einigen Unterassistenten, wie das andere größere Verbände schon getan haben, näher ins Auge gefaßt werden kann, steht noch dahin. Nach allen bisher im Organisationsleben gemachten Erfahrungen dürfte es sich sehr empfehlen, auch anderwärts, sobald z. B. die Mitgliederzahl einer Filiale über 150 hinaus geht oder wo eine größere Mitgliederzahl gewonnen werden kann, ähnliche Einrichtungen zu treffen. Es macht immer einen recht eigentümlichen Eindruck, wenn in einer Stadt mehrere Hundert händliche Arbeiter beschäftigt sind und die Verbandsfiliale nie über ein kleines Häuflein Getreuer hinaus kommt. Noch über ist es, wenn, wie es schon dagewesen, an einem Ort dreihundert Kollegen und mehr zu einer bestimmten Zeit dem Verbands angehört und bald darauf die Mitgliederzahl auf 30 oder 50 sinkt und jahrelang auf diesem Tiefstand verharret, trotzdem von Seiten des Verbandsvorstandes für Agitation an solchen Plätzen größere Summen aufgewendet werden. Man kann ohne weiteres annehmen, daß in solchen Fällen es gerade

mit der inneren Organisation hapert, es weiter an einer homogenen Zeitung fehlt oder gar die richtigen Männer nicht an der Spitze stehen. Aber woher diese richtigen Männer nehmen und nicht stehlen, wird mancher unserer Kollegen denken. Mit Gehalt und Spende fängt man eine Mücke, sagt ein altes Wort, und so ist es auch in der Organisation. Wenn überall nach solchen Grundsätzen, wie hier des näheren dargelegt ist, gearbeitet wird, so werden sich ganz naturgemäß manche Kollegen weiter entwickeln und imstande sein, mit Hilfe eines größeren Kreises geschulter Kollegen eine Filiale zu leiten. Auf die Mithilfe seiner Kollegen ist natürlich jeder, auch der beste Organisator angewiesen, und deshalb darf natürlich nicht der Standpunkt, wie er in der letzten Zeit viel betont und kritisiert wurde, eingenommen werden: Ich, ich und ich. Das aber geschieht noch sehr viel in unseren Filialleitungen und schadet deshalb. Der unermessliche Nutzen, den tüchtige Persönlichkeiten stiften können, soll von uns sicher nicht verkannt werden. Aber je mehr eine Persönlichkeit hervorragt, desto leichter, um so weniger hat sie nötig, sich auf den Ich, ich und ich-Standpunkt zu stellen. Sie kann einfach ihre Worte und Werke wirken lassen. Um nun wieder auf unsere Organisationspläne zurückzukommen, so lassen wir uns noch einmal dahin zusammenfassen: Ein einheitliches planmäßiges Zusammenfassen aller Kräfte ist notwendig. Es braucht nicht gerade nach Schema F gearbeitet werden. In einer mittelgroßen Filiale bis zu circa 500 Mitgliedern kann der Filialleiter J. B. direkt mit den Unterleitenden noch ganz bequem arbeiten. Andere Abteilungen können durch örtliche Verhältnisse bedingt sein. Aber es kommt darauf an, daß planmäßig gearbeitet wird und solche Organisationspläne sollen den einzelnen Kollegen in allen Filialen einen gewissen Anhalt geben, damit sie helfen können, gute feste Fundamente für die Organisation zu schaffen.

Der § 3d unseres Statuts.

Ein Wort

an die Mitglieder in Streitunterstützungssachen.

Der Verbandsvorstand hat wiederholt in der Lage, sich mit der Frage der Streitunterstützung in solchen Fällen befassen zu müssen, in denen Verbandskollegen durch Übergraben in einen anderen Beruf alsbald an einem Streik beteiligt waren. Damit unsere Mitglieder auch sehen, wie diese unsere Berücksichtigung aufzufassen ist, wollen wir zunächst einen der letzten Fälle darstellen.

Der Kollege D. war seit Februar d. J. in einem städtischen Betriebe beschäftigt und trat im Juli d. J. unserem Verbande bei. Im August wurde er wieder entlassen. Während dieser Zeit zahlte er sieben Wochenbeiträge. Am 17. September nahm dieser Kollege in einem Berliner Betriebe der Eisenindustrie Arbeit und wurde gelegentlich des Konflikts in der Metallindustrie am 29. September mit ausgebeiratet. Die Streitleitung des Metallarbeiterverbandes wies den Kollegen mit seinem Unterstützungsantrag ab, weil er nicht Mitglied dieses Verbandes ist. Nunmehr wandte sich der Kollege an uns. Für die Entscheidungen des Verbandsvorstandes muß unter allen Umständen das Verbandsstatut maßgebend sein.

Da lautet nun der

§ 3d

folgendermaßen:

„Mitglieder, welche ihre Beschäftigung in städtischen resp. staatlichen Betrieben aufgeben oder aufgeben müssen, können mit Genehmigung einer Filialversammlung und des Hauptvorstandes weiter Verbandsmitglied bleiben, erhalten jedoch, wenn ihnen die Möglichkeit geboten ist, sich anderwärts zu organisieren, keine Streit- oder Gemäßigungs-Unterstützung.“

Wie die Mitglieder aus dem Protokoll über die Verhandlungen des letzten Verbandstages ersehen haben werden, wurde dieser Punkt auf Antrag Rürker-Stuttgart beschlossen. Die Motive zu diesem Beschluß lauteten folgendermaßen: „Unsere Verbandsstatut rechnet grundsätzlich mit keiner ständigen Streitbewegung. Die Verbandsbeiträge sind dementsprechend niedrig gehalten. Hätten wir hauptsächlich auf dem Wege des Streiks unsere etwaigen Differenzen auszugleichen oder auszutragen, so müßte der Verbandsbeitrag pro Woche mindestens 40-50 Pf. betragen. Außerdem soll unser Verband vor etwaigen Vorkürfen von anderen Gewerkschaften mit weitestlich höheren Beiträgen geschützt sein, daß wir auf Grund unserer sehr niedrigen Verbandsbeiträge Mitglieder an uns zu verlieren veruchen, die nach den sonstigen Verhältnissen und Brauch zu einer anderen Organisation, nachdem sie einmal dauernd aus städtischer oder staatlicher Arbeit ausgeschieden sind, gehören. Natürlich kommt auch Fälle vor, daß es im Interesse der Bewegung liegt, einen nicht mehr in unseren engeren Berufsreisen tätigen Kollegen als unser Mitglied zu erhalten. Dazu bietet der § 3d genügend Spielraum. Diese speziellen Fälle dürften aber nur hier vereinzelt in Erscheinung treten. Andererseits aber ist dem vorzuziehen, daß in andere Beschäftigung übergetretene Kollegen sich mit Verzicht auf die Zuschußfähigkeit zu unserem Verbande weigern, zu einer anderen, für sie nun in Frage kommenden Organisation überzutreten, einzig und allein, um an den Beiträgen zu sparen, falls sie dort höher sind, und das dürfte meistens der Fall sein. Schließlich kommt hinzu, daß über Streiks in anderen Berufen der Verbandsvorstand keinerlei Kontrolle hat. Wenn auch schon technische Schwierigkeiten durch Verbindung mit der betreffenden Streitleitung und auf dem Wege der nachdrücklichen Klambation etwaiger Unterlegungen zu überwinden sind, würde doch, falls unsere Verband-mitglieder in erheblicher Anzahl in fremden (Ertrot) Betrieben arbeiten,

ein solches Verhältnis zur Kalamität führen. Die Verbandsleitung hat auf die etwaigen Ausfallsbewegungen nicht den geringsten Einfluß und muß dennoch unter Umständen ganz erhebliche Aufwendungen für Unterstützungen dieser Art machen.“

Darum also wurde der Antrag Rürker angenommen und damit der § 3d geschaffen. Für den Verbandsvorstand ist es immer eine unangenehme Sache, in solchen Fällen entscheiden zu müssen, wo die Mitglieder sich um das Statut nicht gekümmert haben und aus solcher Achtlosigkeit sich Schaden zuziehen. Dandelt es sich um Kollegen mit vieljähriger Verbandszugehörigkeit, ist's noch nicht so schlimm; in den meisten Fällen handelt es sich aber um Kollegen, die weder früher sich um die Gewerkschaft gekümmert haben, nach Eintritt einer neuen Arbeitsstelle sich auch wochenlang nicht um die Organisation scherten und keine Beiträge zahlten und eben vor Zorlichkeit (§ 3c) Ansprüche geltend machen. Der Verband ist dann so freundlich und zahlt für die noch nicht einmal 1 Mark betragende Einnahme eine Unterstützung von manchmal 50-100 Mark, und solche Vorkommnisse will der § 3d vermeiden.

Der Verbandsvorstand macht deshalb auf diesem Wege alle Verbandsmitglieder nachdrücklich darauf aufmerksam, daß der § 3d des Statuts für die Kollege strikte zur Anwendung gelangt. Sobald ein Verbandskollege außer Arbeit angenommen hat und dauernd aus städtischen Betrieben ausgeschieden ist, muß er sich sogleich zu dem in Frage kommenden Verbandsüberschreiben lassen. Die meisten Verbände erheben in solchen Fällen kein Eintrittsgeld. Selbstredend muß das alte Verbandsbuch in Ordnung sein. Die Filialvorstände sowie alle sonstigen Verbandsfunktionäre werden ersucht, bei jedem zu ihrer Kenntnis kommenden Wechsel der Arbeitsstellung eines Mitgliedes den § 3d zur Anwendung zu bringen. Filial- oder Unterleitender dürfen bei der Zeit, daß die laufenden Verpflichtungen des Mitgliedes geregelt sind, nicht eher weitere Beiträge annehmen, bis die in Betracht kommenden Instanzen entschieden haben. Die aus städtischer Arbeit ausgeschiedenen Kollegen wollen, nachdem sie einen anderen Arbeitsplatz eingenommen, sich sofort überschreiben lassen. Das selbst in Ordnung gebaltene Mitgliedsbuch berechtigt bei abhörlischer oder schriftlicher Außerachtlassung des § 3d des Statuts zu seiner Unterstützung bei Streiks, die nicht von unserem Verbande genehmigt sind und geführt werden.

Wer dennoch mit Rücksicht auf die sonstigen Unterstützungen unseres Verbandes oder aus anderen Gründen unser Verbandsmitglied bleiben will, muß sich dann, will er sich für den Streitfall sichern, jedenfalls der in Frage kommenden Organisation anschließen.

Zum Schluß müssen wir entschieden davor warnen, in solchen Betrieben Beschäftigung anzunehmen, in denen es voraussichtlich in kürzester Zeit zum Streik kommt, oder gar bereits die Arbeit mit Genehmigung der zuständigen Organisation eingestellt ist.

Verbandsstil.

Adressen der Verbandsleitung.

Geschäftsstelle: Berlin W. 57, Bülowstr. 21.
Telephon: Amt IX, 6488.

Geschäftsführender Vorsitzende: Bruno Boersch.
Verbandskassierer: G. Hymann.

Redakteur der „Gewerkschaft“: S. Bürger.
Süddeutsches Sekretariat.

Geschäftsstelle: Stuttgart, Wöhringerstr. 122.
Telephon: 6114.

Ekzeträr: G. Altvater.

Bekanntmachung.

In Sachen des Truds der „Gewerkschaft“ erklärt hiermit der Verbands-Vorstand auf wiederholte Anfragen u. a., daß die Verhandlungen mit der Vormärtsdruckerei bezüglich der Rollen und des Credits noch nicht beendet sind. Der Reich der Vormärtsdruckerei auf das letzte Schreiben des Vorstandes steht noch aus. Sowie dieser eingegangen ist, werden wir weitere Mitteilungen machen.

Merken machen wir noch ganz besonders auf den Absatz d des § 3 unseres Statuts aufmerksam, um dessen strikte Beachtung wir die Mitglieder und Filial-Vorstände bitten müssen. Derselbe lautet:

„Mitglieder, welche ihre Beschäftigung in städtischen resp. staatlichen Betrieben aufgeben oder aufgeben müssen, können mit Genehmigung einer Filial- Versammlung und des Hauptvorstandes weiter Verbandsmitglied bleiben, erhalten jedoch, wenn ihnen die Möglichkeit geboten ist, sich anderwärts zu organisieren, keine Streit- oder Gemäßigungs-Unterstützung.“

Hieran anknüpfend verweisen wir auf den besonderen Artikel in dieser Nummer der „Gewerkschaft“, welcher sich eingehend mit der fraglichen Bestimmungen beschäftigt.

Für den Verbands-Vorstand.

Dr. Boersch.

Leitung der Hauptkass.

Für das 3. Quartal gingen an Beiträge ein:
Berlin VI 4908, 2. Rate, Berlin XI 25142, Breslau 12133, Gabel 4112, Tresden 87777, Frankfurt a. M. 119, 1. Rate, Ahrh. 1. R. 12177, Ostra 539, Heidelberg 4959, Köln 14312, Leipzig 30721, Wismarschlag a. Rh. 1097, Weim. 36127, Mannheim 29473, 3. Rate, Wahlhauhen 1. G. 21338, München 17961, Nürnberg 46555,

Worzhelm 13050, Stettin 38235, Stuttgart 93491,

Wiesbaden 167, Würzburg 8216 Mt.

Für die Protokolle des Verbandstages sandten ein:

Oera 0,60 Mt.

Nerner gingen im September ein: Von Einzelmit-

mitgliedern Nr. 12928 1,10, Nr. 21451 1,10, Nr. 21452

1,10, Nr. 21453 1,10, Nr. 21454 1,10 Mt.

G. Hymann, Hauptkassierer.

Verbands-Ausschuß.

Der Kollege D. Schönberg hat infolge seiner Wahl zum Sekretär der Verbandsfiliale Hamburg das Amt des Ausschuß-Vorsitzenden niedergelegt und ist an seine Stelle Kollege

H. Schulz, Hamburg G,

Vereinsstraße 42, Haus I

gewählt worden.

Alle für den Verbands-Ausschuß bestimmten Sachen sind von nun an an diese Adresse zu richten.

Der Verbands-Ausschuß.

Aus unserer Bewegung.

Berlin (Sektion XVII, Irenantialt Herzberge).

Am 10. Oktober sprach Kollege Boersch in einer von

Herzberge aus gut besuchten Versammlung über die

Forderungen der Angestellten der städtischen Kranken-

häuser und Irenantialten. Er trug in leicht verständ-

licher Form vor und vermittelte die bezüglich der haupt-

sächlichsten Punkte auf den inzwischen erschienenen Ar-

tikel in Nr. 21 der „Gewerkschaft“ über „Die Lage des

Personals der städtischen Krankenhäuser“. Sodann

sprach er eingehend über die Beschränkung der persö-

nlichen Freiheit. Das Personal hat so gut wie keine

Verbindung mit der Außenwelt, nur einmal wöchentlich

einen Urlaub von wenigen Stunden. Am freiesten

tritt dieser Mangelstand in Wuhlgarten zu Tage. Die

Extra-Urlaube, welche in anderen Krankenhäusern bereits

benutzt und gewährt werden, scheint es in Wuhlgarten

nicht zu geben. Darauf war wohl auch die schwache

Verteilung an der Versammlung seitens der dortigen

Ministal zurückzuführen. Es ist bedauerlich, daß das

Wuhlgartener Personal noch so wenig organisiert ist.

Man müßte bei der Direktion vorstellig werden, das

Personal nicht länger wie Gefangene zu behandeln.

Das Personal allein kann keine einschneidenden

Veränderungen herbeiführen, wohl aber zur Verbesserung

beitragen, indem es sich zusammenschließt und eine starke

Organisation bildet. Nur so sind auch die Schwächen

mächtig. Verufe, die eine große Organisation haben,

erreichen viel. Unsere Organisation ist über ganz

Deutschland ausgebreitet und wird auch von den meisten

Verwaltungen anerkannt. Aber ein Verband muß er-

halten, die Forderung beachtet werden. Darum sollte

jeder Kollege und jede Kollegin es sich angelegen sein

lassen, den kleinen wöchentlichen Beitrag zu zahlen. Die

Einzahlungen sind nicht verlorenes Geld, werden sie

doch durch materielle Verbesserungen im Laufe der Zeit

zehnfach zurückverlangt. Darum organisieren wir uns

und sorgen wir, die uns noch Fernstehenden anzumerben.

Daran schloß sich die Wahl der fünf Mitglieder,

welche im Namen des ganzen Personals die Petitionen,

die Ende d. Mt. den Stadtvorordneten unterbreitet

werden sollen, zu unterzeichnen haben. Es kam für die

Ministal Herzberge nur seit längerer Zeit organisiertes

Personal in Betracht und wurden gewählt: M. Dentische

und Wagner (Wiegler), Hl. Hönemann (Wiegler),

Schmidt (Landarbeiter), Schulz (Betriebsarbeiter).

Wuhlgarten ist beteiligt durch: Rurich (Wiegler),

Hl. Eigenhart und Hl. Tiemeier (Wieglerinnen), Brom-

berger (Landarbeiter), Runge (Betriebsarbeiter).

Dieselben traten mit Anderen noch denselben Abend

dem Verbande bei. Es wurde beschlossen, für Wuhl-

garten in einiger Zeit eine besondere Versammlung ein-

zurufen, welche dann im Lokal von Herrn Bölich

stattfinden würde. Unter Berücksichtigung wurde seitens

des Wieglers scharfe Kritik an einem C. Berpinger in

Herzberge geübt. Mit einem Hoch auf den Verband

wurde um 11 Uhr die Versammlung geschlossen.

Tarnstadt. In der Versammlung vom 8. d. Mt.

wurde zunächst die Abrechnung vom 3. Quartal ent-

gegengesehen und dem Kassierer Decharge erteilt.

Der Vorsitzende stellte darauf den Antrag, den Mit-

gliedern ihre Mitgliedsbücher vom vorigen Jahre un-

entgeltlich wieder zuzustellen. Die Versammlung be-

schloß dementsprechend, dem Schriftführer anheimgebend,

dem Sekretär Altvater in Stuttgart darüber zu be-

richten. Nach Erledigung einiger Interna gab der

Vorsitzende seiner Freude über die Entwicklung der

Organisation unter den Tarnstädter Kollegen Ausdruck.

(Es sei zu hoffen, daß nun nicht wieder, wie das früher

passierte, die Filiale nach kurzer Zeit des Entschlens

wieder eingehen werde. Die gewerkschaftlichen Ideen

hätten jetzt endlich fest Wurzel gefaßt.)

Ragdeburg. Mitgliederversammlung am 10. Ok-

tobor 1904. Der Vorsitzende unserer Filiale referierte

über die Gewerkschaft, deren Entstehung und Auf-

gaben. Der Referent behandelte in ruhiger, sachlicher

Weise das Thema und betonte u. a., daß es die erste

und größte Forderung der Gewerkschaften sei, durch Bil-

dung und Aufklärung die Lebenslage der Arbeiter zu

verbessern. Allgemeiner Beifall wurde dem Referenten

gesollt.

Dann wurde ein Antrag angenommen, welcher den

Punkt „Stellungnahme zum Winter-Vergütigen“ mit in

die Tagesordnung einschloß.

Es folgte hierauf die Abrechnung vom 3. Quartal

1903. Eine Einnahme von 1370,64 Mt. ist zu ver-

zeichnen, eine Ausgabe von 309,73 Mt. steht dem gegen-

rt 1934,91,
nden ein:
(Eingelmit-
Nr. 21452
Kaffierer.

iner Wahl
das Amt
6,

en Sachen
stabus.

ng.
berzberge).

einer von die
Kranken-
Verständ-
ber haupt-
nenen Ar-
Lage des
Sodann
er verform-
le keine
öchentlich
trafften
age. Die
ern bereits
hlgarten
schwache
dortigen
daß das
niffert ist.
rden, das
behandelt,
nehenden
rberung
eine itatfe
Schwächen
n haben,
ber ganz
en meiten
muß er-
um sollte
legen sein
legen. Die
werden sie
der Zeit
wir uns
zuwerden.
Mitglieder,
tionen,
nterbreitet
n für die
amifizierte
Denkliche
(Magerin),
ter),
(Wäcker),
, Brom-
en Abend
ir Wahl-
lung ein-
Höflich
e leitens
nflager in
Verband
n.
s. d. M.
rtal ent-
e erteilt.
den Mit-
ahre un-
ung be-
gebend,
r zu be-
gab der
lung der
Ausdruck,
s früher
ntilichens
n Ideen
n 10. O.
referierte
und Auf-
sachlicher
rbeiter zu
ferenzen

über. Es bleibt demnach ein Bestand von 861,08 M.
Unter den Ausgaben ist besonders als wichtig hervor-
zuheben: für Kartell 24,30 M., 10. M. Unterstützung
und zur Kranzspende 6,- M.
Am Anfang des Quartals gehörten der Zillale
243 Kollegen an. Ausgeschieden sind 15, neu aufge-
nommen 23 Mitglieder. Demnach gehören zur Zeit
247 Kollegen an Erie unserer Organisation an.
Von zwei Revisoren wird bestätigt, daß bei der
Revision der Kasse alles in Ordnung gefunden wurde.
Dem Kassierer wurde Entlastung zu teil. Auf Anfrage
nach der Mitte der Versammlung, warum der 3. Revisor
nicht anwesend sei, wurde konstatiert, daß dieser Herr
Beamer wurde und hiermit aus unserem Verbands
ausgeschieden sei.
Es folgte Stellungnahme zum Wintereragnen,
und wurde beschlossen, daß ein Ball in den Räumen
von Winter in der Rogauerstraße stattfindet. Ein
Komitee von 6 Mitgliedern wird das Arrangement zu
besorgen haben. Alles Nähere wird später bekannt
gegeben werden.
Unter Gewerkschaftliches wurde ein Antrag ange-
nommen, durch welchen die Bibliothek vervollständigt
werden soll. Die Summe von 20 Mark wurde hierzu
bewilligt. Eine Kommission von 4 Mitgliedern wurde
gewählt, um nützliche und lehrreiche Werke zu erwerben.
Darauf knüpfte sich wieder eine unliebsame Debatte
über Burthard, welche vom Tisch des Vorstandes an-
gezogen wurde. Dies bedauerlich, daß der Fall B. immer
wieder an die Öffentlichkeit gezogen wird, es wäre
doch wohl bald an der Zeit, die alte Streitigkeit zu be-
graben und friedlich kollegial weiter zu arbeiten.
Wäre der unangenehme Fall in der früheren Zillale 1
zu Grabe getragen, bräuchten wir unsere schöne Zeit
nicht damit in der Versammlung totzuschlagen. Ein
Antrag Burthard, ihm die 35 M. zu schenken, wurde
mit großer Majorität angenommen.
Kollege S., welcher seit Dezember 1902 krank und
invalid ist, kam um eine Unterstüttung nach. Durch
Kollegen Nietzer wurden 50 M. beantragt und die
Versammlung stimmte dem zu. Der Vorsitzende weist
auf den demnächst stattfindenden Lichtbildervortrag hin.
Ein Vorstandsmitglied der Krankenkasse gibt bekannt,
daß am 25. Oktober eine öffentliche Krankenfassen-
versammlung stattfindet. Es werden die Kollegen er-
sucht, recht zahlreich sich an den beiden Veranstaltungen
zu beteiligen. Derauf trat der Schluß dieser Versamm-
lung ein.

Wain. Seit Wiedereröffnung der beiden hie-
rigen Zillalen (1. Juli) herrscht hier ein frisch pulsierendes
Verbandsleben. Nicht weniger als 17 Versammlungen
finden statt, und zwar verteilen sich dieselben wie folgt:
Mitgliederversammlungen 4, Gasarbeiter 5, Laternen-
wörter 3, Straßenkehrer 1, Fuhrleute 1, Hafensarbeiter 1
und Arbeiterauschüsse 2 Versammlungen.
An Eingaben sind zu verzeichnen: Eingabe der
Hilfsmaschinen des Reinigungsamts um Abstellung
einer neuen Arbeitseinteilung;
Eingabe der Gasarbeiter des Gaswerks 11 um Um-
wandlung der 15stündigen Schichtwechsel in 12stündige;
Eingabe der vereinigten Arbeiterauschüsse um Er-
richtung eines Arbeitsnachweises für hiebt. Arbeiter;
Eingabe der vereinigten Arbeiterauschüsse betr. die
Umwandlung der Arbeitsordnung.
Die erste Eingabe überwiegt man der sogen. politi-
schen Deputation, von dem Schicksal der zweiten wurde
bis dato noch nichts bekannt.
Die Eingabe betr. Erchtung eines Arbeitsnach-
weises wurde in der Deputation zur Verwaltung des
Arbeitsamts verhandelt und abgelehnt. Unkerrät-
ticherweise können auch die Vertreter der modernen ge-
werkschaftlich organisierten Arbeiter, mit einer Ausnahme,
dieser Ablehnung zu. Schreiben dieses ist über das selb-
same Verhalten dieser Genossen noch nicht näher infor-
miert, und muß sich diesbezüglich weiterer Kritik enthalten.
Das letzte Wort ist aber jedenfalls noch nicht gesprochen.
In der Eingabe betr. Umänderung der Arbeitsord-
nung verlangen wir neben Abänderung einer ganzen
Reihe Paragraphen folgendes:
1. 12stündige Arbeitszeit für alle Arbeiter, Nacht-
arbeiter ausn.
2. Einführung des Dreischichtsystems (12stündige Ar-
beitszeit für die Betriebsarbeiter des Gaswerks 11,
3. Gewährung der sich aus dem § 111 des ArbZ.
ergebenden Pensionen,
4. Umwandlung der Tag- und Stundenlöhne in
Wochenlohn,
5. Bezahlung der Feiertage.
Im weiteren sind wir beehrt gewesen, das
Bildungsniveau unserer Mitglieder nach Möglichkeit zu
heben. Die Notwendigkeit der Organisation, das Ver-
hältnis der städtischen Arbeiter zur Stadtoverwaltung,
Verletzungen über die Arbeitsordnung usw., waren die
Themen der Vag. beim. Sektionsveranstaltungen,
während in den Mitgliederversammlungen Vorträge all-
gemein behandelnden Inhalts gehalten wurden. Als
Redner sind außer unserem Kollegen D. Schäfer die
Stadtoverordneten Genossen Seel und Liebmann zu ver-
zeichnen. Stadtoverordneter Liebmann sprach am 13. Ok-
tober über „Unsere Kommunalpolitik“, währenddem für
die nächste Versammlung ein naturwissenschaftlicher Vor-
trag des Herrn Arhin v. Jucco vorgelesen ist.

Dem Ausbau der Organisation widmen wir ein
besonderes Augenmerk. Die Mitglieder und Ersatzleute
der Arbeiterauschüsse, an der Zahl, haben wir zu
einer besonderen „Vereinigung“ zusammengefaßt, die
regelmäßige Sitzungen abhält. Die Mitgliederzahl hat
auch im abgelaufenen Quartal ihren Grund und Boden
unter dem Protektorat geistiger Anführer und
Lohniger erhalten. In der 11. d. M. stehenden
Vollversammlung städtischer Arbeiter eine Erhöhung er-
fahren und zählt unsere Zillale jetzt 260 Mitglieder.
(Pravos! L. Red.)

der den
mit in
Quartal
zu ver-
gegen-

Nicht unerwähnt darf bleiben, daß wir eine Enquete
bezüglich der Lohnfrage unter unseren Mitgliedern
veranstalteten, deren Ergebnis wir in Bälde veröffent-
lichen werden.
Alles in allem können wir mit dem Fortschritt un-
serer Bewegung zufrieden sein, er beweist uns die emi-
nente Durchschlagskraft unserer gewerkschaftlichen Grund-
sätze. Nur so weiter! Vorwärts gegen eine Welt von
Eindringlingen!

Mannheim. Die Unterangestellten des Groß-
hof- und Nationaltheaters zu Mannheim hielten am
1. und 6. Oktober je eine Versammlung ab, in welchen
sie ihre Wünsche und Beschwerden, welche letztere ja an
diesem Betrieb geradezu überhand nehmen, zutage
brachten. Durch diese vielen Mißstände kam man dazu,
wie ja nicht anders zu erwarten war, eine Organisation
zu gründen, um durch Einigkeit und Tatkraft die Lage
des Personals einigermaßen zu verbessern. Am 6. Ok-
tober wurde unsere Verbandssektion der Unterangestellten
des Großherzoglichen Hof- und Nationaltheaters ge-
gründet. Es wurden gewählt: Gustav Eichhorn als
Vorsitzender, Wilh. Müller als Kassierer, Rob. Vert als
Schriftführer. Dieselben nahmen ihr Amt bereitwillig
an und hoffen sie auch seitens der Verbandsmitglieder
nach Kräften unterstützt zu werden. Hiermit schließt die
Versammlung mit einem einstimmigen Hoch auf das
Blühen und Gedeihen des Verbandes.

Wülhausen i. Gf. Am 20. Oktober 1903 hielten
wir unsere Mitgliederversammlung mit folgender Tages-
ordnung ab: 1. Vorlesung des Protokolls. 2. Bericht
der Kartellkommission. 3. Bericht der Sektionskommission.
4. Vortrag von Kollegen Altvater aus Stuttgart. 5. Ver-
schiedenes. Ueber Punkt 2 und 3 eritattete Kollege
Bürgi Bericht und teilt mit, daß das Stiftungsfest am
6. Februar 1904 stattfindet und fordert die Mitglieder
zu reger Mitarbeit auf, damit das Fest ein impotantes
werde. Kollege Altvater referierte über den ideellen
und materiellen Wert der Organisation der in Gemein-
betrieben beschäftigten Arbeiter. Er führte unter anderem
aus, wie die Organisation durch ihre belehrenden Vor-
trage die Mitglieder heranbildet. Dem Referenten stand
viel Material zur Seite, um darzulegen, welchen Nutzen
der Verband schon gestiftet habe. Aber die Haupt-
aufgabe sei, das bisher Erregene zu halten und zu
mehren suchen. Es sei überdies keineswegs aus-
geschlossen, daß infolge irgend welcher Änderungen auch
die bisherigen Zugeständnisse an die städtischen Arbeiter
wieder in Frage gestellt werden können. Nur die
Organisation biete hiergegen den sichersten Schutz. Der
Vortrag wurde von der stark besuchten Versammlung
mit großem Beifall aufgenommen. An der Diskussion
beteiligten sich die Kollegen Bürgi, Ventel und Huber.
Ventel kritisierte die Verhältnisse am hiesigen Plage,
weil einige in der Stadtoverwaltung sitzenden Demokraten
keine vorteilhafte Beleuchtung erführen. In sozial-
politischer Beziehung zeigte sich da noch viel Rückständig-
keit, wie z. B. die Ausherrung des Herrn Dr. Gliaz be-
weist, der sagte, daß, wenn die Arbeiter Urlaub hätten,
sie doch nur in den Wirtschaften herumtrinken würden.
Auch sei zu bemängeln, daß viele Arbeiter, wenn schon
von den Fabrikanten in die Fabriken ausgenutzt, dann
der Stadt aufgeschalt würden.

Tarauf sprach Kollege Altvater in seinem Schluß-
wort noch über das Gebahren der christlichen Gewerks-
schaften, die unter unseren Mitgliedern Anhänger für
sich zu werden versuchen. Er sagte, daß man uns auf
der Arbeitstätte auch nicht fragt, welcher Religion wir
angehören, sondern nur ob wir das Verlangte leisten
können. Konfessionelle Gewerkschaften zeripferten nur
die Kraft der Arbeiter. Es gebe auch keine konfessionellen
Unternehmerverbände, weil solche nicht im Interesse des
Kapitals liegen.

Im Punkt Verschiedenes wurde das Verhalten des
Kollegen Heller, der seine Mitarbeiter durch Zwischen-
tragerien zu schädigen trachtet, kritisiert; es wurde des-
halb einstimmig gegen die Wiederaufnahme des Genannten
in den Verband votiert. Nach einigen geschäftlichen
Mitteilungen wurde die Versammlung um 11½ Uhr
geschlossen.

Zettlin. Mitgliederversammlung am 21. Septbr.
Der Kollege Vollaß hielt einen mit Aufmerksamkeit
verfolgten Vortrag über das Klassenrecht und Pflicht
der Arbeiter. Darauf wurde zur Wahl einer neuen
Kranzkommission geschritten, wozu neben Kollegen ge-
wählt wurden. Die Kosten des Kranzes wurden auf
10 Mark festgesetzt und die Wahl der Schlichter der
betreffenden Familie überlassen. Demnach wurden
mehrere Kollegen gewählt, eine Petition zu unter-
schreiben. Kollege Gründemann eritattete einen Bericht
zum Gewerkschaftskartell. Redner führte an, daß der
Anschluß des Kartells den Gewerkschaften die Erich-
tung eines Arbeiter-Sekretariats ermöglicht und die
Delegierten auffordert, in ihren Gewerkschaften das
Projekt zu befürworten. Gleichzeitig sprach er über
den Zweck und Nutzen eines Arbeiter-Sekretariats,
welchen Ausführungen die Versammlung beipflichtete.
Unter Verschiedenes kam zur Sprache, daß ein jeder
Kollege verpflichtet ist, sich doch ein Protokoll vom Ver-
bandstage zu kaufen, da die Zillalekasse zur Zeit
etwas knapp ist.

Tarauf hat Kollege Wolff uns Wort und teilte
mit, daß er nach langjähriger Tätigkeit auf dem Frei-
haben entlassen sei, angeblich weil er zu schwach zu der
Arbeit sei. Die Versammlung sprach ihr Bedauern
darauf aus, daß man solchen alten Mann, der im
Zemle inwaid geworden ist, entlassen hat, anstatt ihm
leichtere Arbeit zuzuwenden. Die Versammlung beschloß,
der Sache mehr auf den Grund zu gehen, da wieder
einmal in letzterer Zeit viele Mißstände zur Sprache
kamen. Demnach erwähnt Kollege Stern, die Veramm-
lungen besser zu besuchen.
Zettlin. Am Donnerstag, den 15. d. M., fand
eine gut besuchte Versammlung der Laternenwörter

statt, in welcher Kollege Kämmer-Berlin referierte. Der
Vortrag wurde von den Anwesenden mit großer Auf-
merksamkeit entgegengenommen.
Demnach wurde eine Petitions-Kommission gewählt,
welcher besonders die Frage der Beschaffung von Regen-
mänteln seitens der städtischen Verwaltung zur Berück-
sichtigung empfohlen wurde. Nach Schluß der Ver-
sammlung ließen sich mehrere Kollegen in den Verband
aufnehmen.

Aus den Staats- und Gemeindebetrieben.

Bremen. Die hiesigen Laternenwörter leben unter
recht eigentümlichen Verhältnissen. Wie anderwärts,
wird auch hier die Arbeit dieser Arbeiter recht gering
eingeschätzt, sozusagen nicht für voll angesehen. Der
Dienst eines Laternenwärters wird immer so betrachtet,
als dürfe er nur nebenamtlich versehen werden. Demnach
richtet sich auch die Bezahlung, und das ist in der Regel
der springende Punkt. Bekanntlich hat der Laternen-
wörter nicht nur allein des nachts die Laternen zu be-
dienen, sondern auch tagsüber das Bugen und die son-
stige Instandhaltung zu besorgen. Wir sehen hier also,
wie von ein- und denselben Funktionären Tag- und
Nachtdienst getan wird, und die Ansicht trotzdem herrscht,
daß die Laternenwärterei nur ein Nebenamt sei, der
jedem Mann noch sehr viel Zeit und Gelegenheit biete,
Geld wie Heu zu verdienen, nur daß es nicht so lang
ist. Aus solchen Ermägungen heraus ist auch der ge-
ringere Lohn von 2,30 M. pro Tag zu erklären. Gewis
läßt der Dienst dem Laternenwörter bisweilen einige
Stunden des Tages freie Zeit; aber man will doch
auch den in der Nacht eingebühten Schlaf nachholen,
und dann ist nicht immer Gelegenheit zum sogenannten
„Hauptverdienst“ da. Es gibt zwar Laternenwörter, die
noch ein flottgehendes Geschäft selbst betreiben oder
durch ihre Frau betreiben lassen. Das sind aber wenige
Ausnahmen. Hier in Bremen hat man das eingesehen
und deshalb von Staatswegen für eine bessere Ein-
nahme der Laternenwärterei veräußert Sorge zu tragen,
indem sie als Kontrollreue, Wasseraufsieger oder auf
der Laternenwärterei Verwendung finden. Dadurch ist es
einigen Wärttern gelungen, wöchentlich bis zu 28 und
30 M. zu verdienen. Solch großes Glück wird aber
nicht jedem Sterblichen zuteil.

Und nun kommt das, was wir mit allem Nachdruck
zu bekämpfen haben! Es besteht hier nämlich ein
Vergnügungsverein der Laternenwörter, und in diesem
Verein spielt der Herr Oberaufseher eine große Har-
monika. Die Zugehörigkeit zu diesem Verein aber
scheint nach allen bisherigen Erfahrungen erst die
Laternenwörter zu oben besagter Nebenarbeit genügen
zu qualifizieren. Wer Nichtmitglied dieses Vereins ist,
erscheint nicht nur allein unbrauchbar zu aller Neben-
arbeit, sondern auch zum einfachen Laternenwärtersdienste.
Denn es ist sehr merkwürdig, daß gerade Nichtmitglieder
dieses Vereins am meisten mit Strafen aller Art be-
trachtet werden, während Vereinsmitglieder für dieselben Dinge
meistens unbestraft bleiben. Der Herr Oberaufseher ist
aber nicht nur Vereinsgröße, sondern auch Kontrollreue
in der Betriebskrankenkasse. Dieser Posten trägt ihm
neben seinem ganz annehmbaren Gehalt auch noch
etliche hundert Ginn jährlich ein. Daß unter solchen
Umständen der Einfluß des Herrn Oberwärters ist
ziemlich groß und unseres Erachtens auch ungebühr-
lich ist, leuchtet ohne weiteres ein. Vor allen Dingen
müßte dem Herrn, da er doch Staatsbeamter ist, das
Ressortkontrollamt genommen werden. Es ist in
allen Betriebskrankenkassen lius, daß die Kranken-
kontrollreue von den Mitgliedern gewählt werden, oder
eventuell die Arbeitervertreter im Vorstand dieses Ge-
schäfts besorgen. Dies muß vor allen Dingen die Arbeiter-
vertretung in der Generalversammlung energisch ein-
greifen. Außerdem sieht es unter den heutigen Verhält-
nissen für die beteiligten Arbeiter stets müßlos aus,
wenn sie sich auch im Privatleben noch freiwillig unter
die Fuchtel ihrer Arbeitgeber oder Vorgesetzten stellen
und nichts anderes bedeutet diese von uns gekenn-
zeichnete Vereinsmüßerei.

Die Staatsarbeiter und Unterangestellten von heute
haben andere Aufgaben zu erfüllen, als ihre Freizeit
in niedriger Liebedienerei zu verträdeln. Da sind wirt-
schaftliche und soziale Stand- oder Klassen-Interessen
wahrzunehmen und ferrole Stiefelarbeiten sollte man
anderen überlassen, die durch Geburt und Neigung zu
den prädestiniert erscheinen. Die Bremer Laternenwörter
sollten in ihrer Mehrheit erkennen, daß ihr Platz in der
modernen Gewerkschaft ist! Wann werden sie das
„Kaulichen der Zeit vernehmen und aus ihrer öden Stim-
bimbulelei erwasen?

Buchholz i. Za. Eine Gasexplosion ereignete sich
am Sonnabend, den 10. Oktober, nachmittags, im
Retortengebäude der vor reichlich Jahresfrist in den
Weg der Stadt übergezogenen Gasanstalt. Durch zu
großen Druck war Gas in die Retorten zurückgedrängt
worden, wodurch die Explosion herbeigeführt worden ist.
Sie erfolgte unter zweimaligem heftigem Donner, der
weite Kreise auf das Vorkommnis aufmerksam machte.
Das den Retorten entweichende Gas entzündete sich.
Durch den sich entwickelnden Luftdruck wurden die
Retorten des Gebäudes demoliert. Der durch die Ex-
plosion angerichtete Schaden ist ein beträchtlicherer,
als es anfänglich den Anschein hatte. Außer der Demo-
lierung der Retorten ist auch Schaden an der inneren
Einrichtung entstanden, der aber wohl durch eine Ver-
sicherung gedeckt werden wird.

Zettlin. Gemeindebetrieb Mutterbetrieb? Der
Fodensarbeiter Wolff hatte im hiesigen Freizeidigt lange
Zeit als Hilfsarbeiter gearbeitet und war seit 1902
handig. Da er litt im Laufe des Jahres 1902 einen
Betriebsunfall, infolge Verletzung des rechten Armes
war er dauernd erwerbsbeschränkt. Er erhielt zwar
keine Rente und wurde auch wieder eingestellt. Anderen

die Führerleitung zog später noch öfters Bettlägerigkeit nach sich, da die Arbeit begrifflicher Weise nun zu anstrengend und schwer geworden war. Als W. sich wieder einmal krank gemeldet hatte, wurde die Kasse durch den unfern Lehren detanteten Herrn Verkehrsinspektor Panke folgenbereits zur Auszahlung angewiesen: Wenn der Woff kommt, so geben Sie ihm das Geld, sonst hat er zu Hause nichts zu freisen. Nach längerer Krankheit wurde W. entlassen, aber auf Veranlassung des Stadtrats Maß von diesem dem Freiheitsort als nicht vollbeschäftigter Arbeiter wieder übermieten und so dem Lademeister Veng, einem ausgezeichneten Beamten, zugeteilt. Jedenfalls ist W. dem Herrn Veng ein Dorn im Auge gewesen, denn er wurde hier schauderhaft chaniert. Woff hatte soviel als in seinen Kräften stand gearbeitet, dennoch sagte der Herr Verkehrsinspektor Panke zu ihm: Sie sind bloß faul, denken Sie, daß andere sich mit für Sie quälen sollen? Wenn Sie nicht mehr tarren können, so lassen Sie sich die ganze Rente geben, dann brauchen Sie nicht mehr zu arbeiten. Hier auf dem Freihasen werden Sie soviel nicht alt. W. quälte sich bei seiner Arbeit nun noch viel mehr, um zu Beschwerden keinen Anlaß zu geben. Das können seine Kollegen ihm alle bezeugen. Das nagte aber alles nichts. Der Herr Verkehrsinspektor hatte einmal gesagt: Sie werden auf dem Freihasen nicht alt, und so erhielt er denn am 25. September den Urkasbrief. Welcher Privatunternehmer wird nun noch den Mann in seine Dienste nehmen, nachdem er in städtischen Diensten invalide geworden ist? Nun ist er mit seiner Familie, er hat drei Kinder, aufs Plaster geworfen. Die vielen Krankheiten haben ihn ohnehin sehr weit zurückgebracht. Ob wirklich bei einer so großen Verwaltung keine leichtere Beschäftigung aufzutreiben war? Man nennt so etwas praktische Sozialreform, oder wenn man will auch praktisches Christentum. Es wird wirklich hohe Zeit, daß die städtischen Arbeiter in ihrer Gesamtheit und im Bunde mit allen anderen sozial denkenden Volksgenossen für einen größeren Schutz vor solcher Willkür schaffen, damit Entlassungen nicht so ohne weiteres von dem ersten, besten betriebten oder verfügt werden können.

Sprechsaal.

Antwort auf das Eingekand des Herrn Ludwig Müller, Wiesbaden.

Wir sehen uns veranlaßt, eine Verichtigung auf die Müller'schen Ausführungen in Nr. 21 unseres Verbandsorgans zu geben, da diese nicht der Wahrheit entsprechen. Es ist allerdings richtig, daß er sich beim Filialvorstand abgemeldet hat, aber mit der Bemerkung, daß er sich als Einzelmitglied beim Hauptvorstand weiter führen lassen wollte. Das sollte durch den Ausschluß vermieden werden. Wir sind uns nicht bewußt, Herrn L. Müller's Ehre zu nahe getreten zu sein und seine Glaubwürdigkeit ist erwiesenermaßen in den Kollegenkreisen bedenklich erschüttert. Auf dem Stiftungsfeste wäre es fast durch Müllers Verschulden zu Täuschungen gekommen, denn alle Kollegen haben den Eindruck, daß es bei der Dammklosterlösung nicht reell zugegangen ist. Ein guter Bekannter Müllers gewann den Hammel. An sich wäre das nicht von Bedeutung, aber die Nebenumstände haben allgemein Aufsehen erregt. Wie kam Müller dazu, dem Gewinner 15 Lose für 20 Pfennig zu geben, wo doch der Preis eines Loses auf 20 Pf. festgesetzt war. Müller, überhaupt der Gewinner, habe 49 Lose à 20 Pf. gehabt. Das wird allgemein als unmaß gebilten. Ein Kollege bestellte bei Müller 2 Lose und erhielt sie nicht. Anderer Tag frug er Müller, warum er denn keine Lose erhalten habe. W. antwortete darauf: Ich wollte dich nicht um Deine 40 Pfennig bringen, Du hättest den Dammel doch nicht gewonnen. Das ist ja recht merkwürdig! Unter anderen brachte Müller dem Kassierer eine Rechnung auf eine Mark Trübsand für den Schiefer lautend. Dieser Schiefer hat indessen nur 50 Pfennig erhalten. Darüber zur Rede gestellt, räumte W. ein, für die einbehaltenen 20 Pf. Bier getrunken zu haben. So etwas nennt man zu Deutsch Unlieblichkeit. Bei einer vorgenommenen Kassenrevision stellte sich ferner heraus, daß Müller noch mit 42 Mark à 15 Pfennig nicht abgerechnet hatte. Er hat das auch bis heute noch nicht getan. Wie nennt man es, wenn jemand solche Verpfändungen seiner Organisation gegenüber nicht einlöst? Die Kollegen auf dem diesigen Gaswerke sind empört über die Treulosigkeit des Müller, in dieser Weise den Sachverhalt auf den Kopf zu stellen. Ebenso ist es eine Anmaßung von W., zu behaupten, daß er allein sich um die Arrangements des Stiftungsfestes gekümmert habe. Es haben die Kollegen Kampfort, Grautner, Hartmann, Helber, J. Müller, Schühenhaus, Wangert, W. Schmidt und Ed. Freund recht tüchtig mitgearbeitet. Auch im übrigen wäre mehr Fleiß und Ehrlichkeit am Platze gewesen. Die Filiale Wiesbaden weiß, was sie von Herrn Müller zu halten hat und deshalb hat sie ihn ausgeschlossen. Sie würde auch aufs nachdrücklichste dagegen protestieren, wenn Müller vom Hauptvorstand als Einzelmitglied geführt werden sollte.

Wiesbaden.

Der Filialvorstand.

J. A.: M. Hoffmann, Schriftführer.

Hamburger Verbandskollegen!

Alle diejenigen unter Euch, die Neigung haben, neben dem Nützlichen auch das Angenehme zu pflegen, werden erlucht, sich zwecks Gründung eines Gesangsvereins bei dem Unterzeichneten zu melden.

Eine Anzahl Kollegen hat sich zu dem Zweck bereits zusammengesetzt, jedoch würden wir freudig eine noch größere Beteiligung begrüßen. Ihr kommt? Ein Schmolitz den neuen Sangesbrüdern!

Im Auftrage:
Th. Schütz, Rademacherweg 2.

Briefkasten.

Auch diesmal mußten wieder viele Einsendungen zurückbleiben wegen Platzmangel.

Solländische Zettelkästen. Mehreren Anfragern zur Kenntnis, daß nach Angabe des Hauptkassierers die Abrechnung deshalb noch nicht veröffentlicht werden konnte, weil eine ganze Reihe Filialen nicht abgerechnet haben.

Der Wunsch des Kollegen D. in V. eventuell die Namen der rückständigen Filialen zu veröffentlichten, ist der Hauptkassierer überwiegen worden, und hat dieser sich, bevor er dazu schreiben will, zu einer 7. (siebenten!) Aufforderung an die respektiven Filialen aufgeschwungen.

Protokoll Berichtigungen folgen in nächster Nummer.

Versammlungs-Anzeiger.

Filialen, die ihre Versammlungen regelmäßig an bestimmten Tagen abhalten, können dieselben unter dieser Rubrik bekannt geben. — Berichtigungen können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden.

Berlin. Mitglieder-Versammlung findet statt in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, Ecke Anhalter.

Sektion I. Willkomm alle drei Wochen. Nächste Versammlung am Mittwoch, den 11. November, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion II. (Mittelbau-Danienstr.) Alle drei Wochen Dienstag, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion III. (Mittelbau-Danienstr.) Alle drei Wochen Freitag, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion IV. (Kasseler-Str.) Alle drei Wochen Sonntag, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion V. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion VI. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion VII. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion VIII. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion IX. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion X. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XI. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XII. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XIII. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XIV. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XV. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XVI. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XVII. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XVIII. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XIX. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XX. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XXI. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XXII. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XXIII. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XXIV. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XXV. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XXVI. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XXVII. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XXVIII. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XXIX. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XXX. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XXXI. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XXXII. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XXXIII. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XXXIV. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XXXV. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XXXVI. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XXXVII. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XXXVIII. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XXXIX. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XXXX. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XXXXI. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XXXXII. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XXXXIII. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XXXXIV. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XXXXV. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XXXXVI. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XXXXVII. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XXXXVIII. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XXXXIX. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XXXXX. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XXXXXI. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XXXXXII. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XXXXXIII. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XXXXXIV. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XXXXXV. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XXXXXVI. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XXXXXVII. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XXXXXVIII. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Sektion XXXXXIX. (Kasseler-Str.) Jeden Dienstag nach dem 15. November, 10 Uhr, bei Hofmann, Bismarckstr. 3.

Filiale Groß-Berlin.

Umstände halber findet die nächste Mitglieder-Versammlung unserer Filiale nicht am 17., sondern am **Donnerstag, den 19. November 1903,** Abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, statt.

Rechnungs-Formulare für die Monatsrechnungen der Sektionskassierer werden in nächster Zeit fertig gestellt und den Sektionen ausgehändigt werden.

Aufnahmescheine in Form von Postkarten sind seitens des Ortsbureaus hergestellt worden und sollen der Postorderparnis wegen an Stelle der bisherigen Scheine verwendet werden. 1 oder 2 Aufnahmen werden, mit je einer 2 Pf. Marke versehen, direkt an das Ortsbureau gesendet; sind 3 oder mehrere Aufnahmen vorhanden, so werden dieselben als Brief mit zugemachtem Couvert geschickt.

Wir müssen wiederholt darauf hinweisen, daß die Sprechstunden unseres Bureaus nur **täglich von 11 bis 1 Uhr** und **Mittwochs Abends von 6 bis 9 Uhr** stattfinden. Außer diesen Stunden ist das Bureau nicht geöffnet und bitten wir unsere Mitglieder, Kritik darauf zu achten, damit sie nicht vergebens den Weg machen, da unter allen Umständen im Interesse einer gedeihlichen Geschäftsbewaltung außer der Zeit **jedwede Auskunft verweigert wird.**

Ferner ist es **absolut notwendig**, daß jedes Verbandsmitglied, welches die Zerschuldung beabsichtigt, auch im **Besitz eines sog. Überweisungsscheines** ist, da auf wiederholten Verzicht unseres Vorstandes **jede Auskunft und Hilfe verweigert** wird, wenn sich der Betreffende nicht legitimieren kann.

Ortsverwaltung Berlin.

W., Bülowstr. 21, Gartenhaus part. D. Schuberl.

Achtung!

Kollegen vom Berliner Köhrensichtem.

Am 21. November d. J. findet im Lokale des Herrn Mar Wendi, Am Königsgraben 14a, un/er

IV. Stiftungsfest

statt. Alle Kollegen mit ihren Damen sind herzlich eingeladen. Für ein gutes Programm ist gesorgt. Beginn 8 1/2 Uhr. Ende ???

Das Lokomitee der Sektion Berlin X.

Filiale Berlin, Sektion Friedrichshagen.

Unserem lieben Kollegen **Gottfried Kantow** und seiner **Gefraun** zum Feste der überaus hochzeit die herzlichsten Glückwünsche der Sektion Friedrichshagen.

Achtung! Stettin. Achtung!

Am **Donnerstag, den 20. Oktober, abends 8 Uhr**, im **Gewerkschafts-Haus, Bismarckstr. 10:**

Große öffentliche Versammlung

für sämtliche bei der Gas- und Wasserleitungs-Deputation beschäftigten Arbeiter und Handwerker, Installateure, Rohrleger und Laternenwärter.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zur Verhandlung seitens einiger Vorgesetzten. 2. Aufnahme neuer Mitglieder und Verchiedenes.

Kollegen! Da sich die Verhältnisse immer mehr aufzulösen und einzelne nichts tun können, ist es Pflicht, pünktlich und vollständig zu erscheinen. Keiner darf fehlen! Nicht nur selbst kommen, sondern die Sämunen sowohl wie die, die uns noch fernhalten, mit aufzurufen, ist Pflicht eines jeden Kollegen.

Der Vorstand. J. A.: Carl Stern.

Nürnberg.

Unserem geehrten Verbandskollegen und 2. Vorsitzenden **Georg Kraft**

zu seinem 25-jährigen Arbeitsjubiläum im Gaswerk die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen der Filiale Nürnberg.

Andreas-Garten,

Berlin, Andreadstr. 26.

Frau Merckowski.

Empfehle den geehrten Vereinen, Gesellschaften und Freunden meine neuangelegten, bis 200 Personen fassenden Lokalitäten, Mittagsstisch, Getränke, gute Küche, Regeltbahn, gute saubere Betten.

Beilage zu „Die Gewerkschaft“.

Nr. 22.

Berlin, den 30. Oktober 1903.

7. Jahrg.

Warum treiben wir Sozialreform?

Vortrag des früheren Staatsministers Herrn von Berlepsch.

Gehalten am 18. September in Hamburg, gelegentlich des Tagens der „Gesellschaft für soziale Reform“, vor Männern und Frauen aller Berufsklassen.

Bericht nach dem Hamburger „Echo“.

Herr von Berlepsch führte aus, er habe das Thema abtätlich gewählt, da die Gesellschaft für soziale Reform beabsichtigt, durch Klarstellung der sie treibenden Motive und der von ihr eingeschlagenen Wege den aktiven und passiven Widerstand der gebildeten und besitzenden Klassen gegen die Sozialreform zu brechen. Soziale Reform bedeute, kurz gesagt, Hebung der materiellen und ideellen Lage der Lohnarbeiter. Ist Frage man, warum die Gesellschaft nicht in gleicher Weise dem Mittelstande in Handwerk, Handel und Landwirtschaf nachtrete. Nun lasse ich zwar nicht, daß das Streben, auch diesem zu helfen, nicht berechtigt sei, sie habe aber um die zahlreichste und um die in den drücksten und elendesten Verhältnissen lebende Klasse handle. Wichtig sei wohl, das es manchen Mittelstandsmann ohne Kapital und Kredit oder mit wenig Kapital und Kredit schlechter gehe, als manchem qualifizierten Arbeiter: Klasse gegen Klasse aber sei der Vergleich unrichtig. Die große Masse das auf Arbeit angewiesene Proletariat. Der Mittelstand könne noch links, hinab zum Proletariat, unterhalb des Proletariats aber gebe es nur die öffentliche Armenpflege, Krankheit und Tod. Das Proletariat, die Lohnarbeiterklasse, mache nahezu die Hälfte der Bevölkerung aus. Daher wende ich ihr das öffentliche Interesse, daher auch die „Gesellschaft für soziale Reform“ in der Hauptsache zu. Politische Gründe spielten auch mit, insofern die der bestehenden Ordnung die Krieg erklärende, Klassenbewußtsein und Klassenkampf fördernde Sozialdemokratie die Lohnarbeit zu einem großen Teile an sich gefesselt habe. Daraus erwünschen für den Staat, wie für alle aufrichtigen Freunde sozialer Reformen große, komplizierte Aufgaben. Capriotti's Anspruch, man müsse alle gesetzgeberischen Maßnahmen auf ihre Wirkung auf die Sozialpolitik prüfen, treffe so ziemlich das Richtige. Die Sozialpolitik sei der wichtigste Zweig der Politik; an ihrem Ausbau müßten sich alle Vaterlandsfreunde nach bestem Wissen und Können beteiligen. Das Streben, die Lage der Lohnarbeiter zu bessern, setze den Glauben voraus, daß die Lage eine schlechte resp. eine ungenügende sei. Manche Leute glauben das nicht und begnügen sich damit, den Agitatoren und der Begehrtheit der Arbeiter die Schuld bezuzurechnen. Da Frage es sich, wie denn die Lage eigentlich beschaffen sei. Eine brauchbare Vorkaufsstelle existiere leider noch nicht: eine zusammenfassende Darstellung der Verhältnisse werde nur höchst unvollständig und unvollständig für Arbeiterkreise geben können. Einsteilen müßte man sich begnügen mit dem Material der Statistiken, Berufsvereinigungen, der Steuererlagen. Es könne sich da nur um „große Umrisse“ handeln. Sider sei, daß sich die Lage der gewerblichen Arbeiter in einzelnen Gewerben und Kategorien erheblich gebessert habe in den letzten Jahrzehnten. Daraus ist aber noch in einzelnen Zweigen der Heimindustrie vorhanden, Krankheit und Arbeitslosigkeit wirken auch anderswo noch verheerend. Immerhin hätten am wachsenden Wohlstande der Nation auch die Arbeiter Anteil genommen. In Preußen hätten von den Jenseits 1892 noch 70,27 pSt., 1900 nur noch 62,41 pSt. ein Einkommen unter 900 Mk. gehabt, in Sachsen 1879: 51,50 pSt., 1894: 36,79 pSt., 1900: 28,29 pSt. unter 500 Mk., zu gleichen Zeiten unter 800 Mk.: 76,39 pSt., 85,30 pSt., 55,19 pSt. Demgemäß hätten auch die Sozialdemokraten die Theorie von der wachsenden Verelendung fallen lassen. Manche Kategorien, die vor 30 Jahren nur eben das Existenzminimum hatten, seien heute zum Mittelstande das schlechte Einkommen Einkommen aufgerückt. Aber darüber dürfte nicht veressen werden, daß die große Masse keine befriedigende Existenz habe; und das sei nicht der Fall, solange der Lohn nur eben zum Existenzminimum ausreicht. In Preußen hätten immer noch 62,41 pSt. unter 900 Mk., in Sachsen 28,29 pSt. unter 500, 55,19 pSt. unter 800 Mk. Einkommen. Auch nach den Vorkäufen der Berufsvereinigungen hätten sehr viele Lohnarbeiter weniger als 900 Mk. Einkommen. So gaben die beiden Teile 1. G. 695 Mk. bzw. 634 Mk., die Zigarette 2. G. 548 Mk., die Tabak 3. G. 519 Mk., die Bekleidungsindustrie 4. G. 657 Mk., die Danische Bauernwerke 5. G. 840 Mk., die Schuhwerke 6. G. 774 Mk., die Buchdrucker 7. G. 845 Mk. an. Auch höhere Ziffern, wie 1300 Mk. ufm., änderten nicht viel daran, da Durchschnittslöhne kein zureichendes Bild liefern, indem hohe Löhne von Minoritäten das schlechte Einkommen der Masse verdecken. Zeitliche auf jeden Fall, daß sogar sehr viele qualifizierte Arbeiter unter 900 Mk. verdienen. Erheblich ungenügender sind die ungelernen Arbeiter. Hier lämen die „ortsüblichen Tage löhne“ in Betracht, wobei nicht ersichtlich ist, wie oft auf den einzelnen und die Gesamtheit Arbeit entfalle. Nur 5 Regierde hätten über 3 Mk. bis zu 3,50 Mk.

Hamburg 3 Mk., das Groß der Industriezentren und Großstädte 2 Mk. bis 3 Mk. Rechnet man im Durchschnitt 2,50 Mk., so gebe das 750 Mk.; man müsse aber mit dem Ausfall von mindestens 50 Tagen rechnen; es verbleibe also 425 Mk. Noch schlechter endlich stehe die Hausindustrie, die Heimarbeit. Die Konfektionsarbeiterklasse habe bei 12 17stündiger Arbeit Löhne von 10-15 Mk. pro Woche ergeben, und das Berliner Einigungsamt habe der Überzeugung Ausdruck verliehen, daß in der Berliner Herren- und Knaben-Modewelt die Arbeiter auch bei größtem Fleiß auf ein emögliches, auch anderswo sei es nicht beiter: selten werde über, oft unter 2 Mk. pro Tag verdient; am er-Weber, Spielwaren-, Knopffabrikation u. a. Die Schilberung in Hauptmann's „Webern“ treffe heute diene im Fultengebirge 6-8 Mk., im Fichtelgebirge 8 bis 10 Mk. wöchentlich bei nicht regelmäßigem Einkommen. Krankheit bedeute da weniger, Arbeitslosigkeit das Nichts. Dabei seien beispielsweise schon 1895 in 28 Großstädte bei 232 000 Arbeitern 78 900 bzw. 116 800 Arbeitslose gezählt worden. Wäre diese Zahl bei der längsten Krise aufgenommen, das Bild wäre noch weit ungenügender gemordet. Auch hier würden gerade die Schwächsten den stärksten getroffen. Eine weitere Perspektive eröffne die Frage der Berufsstrafhellen durch Gift (Blei, Arsen, Phosphor), Staub, Kälte, Dipe usw. Rechnet man nun für eine störrige Familie bei 900 Mk. Einkommen, für Wohnung 200 Mk., Nahrung (1,37 Mk. täglich) 500 Mk., Kleidung 100 Mk., diverses 50 Mk., so sehe man, daß nichts für erhöhte Bedürfnisse übrig bleibe. Wohl hätten viele es beiter, aber weit mehr noch schlechter. Da könne von Begehrlichkeit keine Rede sein. Wer seine Augen nicht abschließen verschließen, müsse Not und Elend sehen. Das moralische Elend, fittliche Gefahren (Wohnungsnot), Trinkerelend folgten. Vieles sei schon dagegen geschehen, aber über die ersten Anfänge sei man noch nicht hinausgekommen. Wie verherbernd solche Zustände auf Kinder und Jugendliche wirken, sei bekannt. Die Klagen über die zunehmende Verrohung der Jugend seien berechtigt. Während die Zahl der Juchthäuser absolut um 40 pSt. abgenommen habe, habe die Zahl der jugendlichen Verbrechen absolut und relativ zugenommen: 1882 seien auf 100 000 Einwohner 368 entfallen, 1899 schon 700; alljährlich würden etwa 50 000 Personen im Alter von 12-18 Jahren zeitlich abgerurteilt. Hand in Hand gehe damit die Steigerung der Zahl der jugendlichen Mordtäter und der jugendlichen Missethäter. Woher rühre das aber? Die Kinder müßten mit 14 Jahren zur Arbeit, die Eltern seien tagüber zur Arbeit, Aufsicht und Erziehung falle da völlig weg. Können man da die Kinder moralisch verantwortlich machen, wenn sie dem Verbrechen verfallen? Das Gericht müsse sie strafen, die Verantwortlich aber laite auf der Gesellschaft. Zunächst, daß der Gesamtzustand der Fortbildungsschulen ganz unzulänglich, ebenso die geistlichen Bestimmungen über die Verwendung jugendlicher Arbeiter, zumal die Grenze sei ein erfolgreicher Unterricht der jungen Leute ausge-schlossen. Eine der traurigsten Erscheinungen sei die im Lohnarbeitende Frau, die gleichzeitig einen Haushalt mit Kindern habe. Bei zehnjähriger Arbeitszeit sei sie 17 Stunden tätig, davon nur 3 Stunden für alle möglichen häuslichen dringenden Arbeiten übrig blieben. Das sei kein Familien-, kein Mutter-, kein Eheleben. Wer wolle den ersten Stein werfen auf solche Frau, wenn sie nachlässig werde und abtunpfe oder sinnlichen Gelüsten nachgebe. 1899 seien bereits 229 334 Frauen lohnarbeitend tätig gewesen, die Zahl sei in stetiger Zunahme begriffen. Da sei es ein Wunder zu nennen, daß die Verrohung nicht noch weiter vorgeschritten sei. Die Lage eines großen Teiles der Lohnarbeiter sei so unbefriedigend, daß schon das Mitleid zum Eingreifen veranlassen müßte. Aber auch Gerechtigkeit und politische Einsicht geböden es. Ziele seien noch nicht ständig genug, aber seit den kaiserlichen Verfügungen im Wachen begriffen. Die ökonomische Heberlegenheit der Unternehmer müsse durch das Gesetz und durch die Arbeiterkoalition paralysiert werden. Nichts ermede mehr Erbitterung, als das Gefühl ungerechter Behandlung, Regierung und Volksvertretung müßten sich den weiteren Ausbau der Gesetzgebung angelegen sein lassen und den Berufsvereinen größere Arbeiten schaffen. Den Arbeitervereinigungen sei kein großer Widerstand geleistet worden: ihre Ausdehnung auf Witwen, Waisen und Arbeitslose sei nur eine Frage der Zeit. Die Gewerbetreibende und Einigungsämter fänden mehr und mehr Anerkennung und Berechtigung zu großen Hoffnungen hinsichtlich der Förderung des sozialen Friedens. Nicht so günstig sehe es mit der Schungseingebung, die überall auf Widerstand stöße, und am schimmlichen stehe es mit dem Koalitionsrecht, wo namentlich auch die Rechtsprechung und Verwaltungsmaßregeln den Berufsvereinen zahllose Schwierigkeiten bereiten. Woher der Unterschied? Nun, die Berufsvereinigungen bedrängen den Unternehmer nicht in seinen Dispositionen, bei den Schungseingebungen finde er gesetzliche Grenzen, beim Koalitionsrecht aber fühle er sich in seinen Dispositionen bedrängt, und die Festlegung der Grenzen werde zu einer Machfrage zwischen Arbeitgebern und Arbeit-

nehmern. Das patriarchalische System der absoluten Unternehmerherrschaf sei ein wesentliches Moment der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und habe Deutschlands Industrie mit hochgebracht, es werde aber unmöglich, inhuman und ungerecht, und arte zum Despotismus aus, sobald das Moment der freiwilligen Unterwerfung ausfähe. Der Arbeiter aber wolle mitleiden bei der Gestaltung seiner Lebensbedingungen. Niemand könne ihm auch nur mit dem Scheine eines Rechtes wehren, seine Ware Arbeitskraft so günstig und teuer wie möglich zu verkaufen. Warum mache man nun da den Arbeitern vereinsgesetzliche Schwierigkeiten? Warum ermede man das Gefühl des Meistens mit zweierlei Maß? Warum werde nur „sozialdemokratischen“ Vereinen gegenüber so verfahren? Mit welchem Rechte gehehen die vereinsgesetzlichen Verordnungen der Gewerkschaften? Darauf sei eine rechtfertige Antwort bisher noch nicht erteilt. Schädige man durch dergleichen etwa die Sozialdemokratie? Zeige nicht der 16. Juni das strikte Gegenteil? Was mache denn die Sozialdemokratie gefährlich? Doch nicht ihre Endziele, die Vereinsgesetzgebung, der Zukunftsstaat? Darüber lasse sich in aller Ruhe diskutieren. Da handle es sich um Probleme, die man auch bei den Selbstbestimmtheitsverträgen, beim Antrage König und zahlreichen anderen Gelegenheiten erörtert habe. Die Wege seien es, welche die Sozialdemokratie gefährlich machen, die absolute Absonderung von allen anderen Schichten, vom Vaterlande, vom Staate, der Klassenkampf und Klassenhaß, die politische Allein herrschaf des Proletariats. Deshalb sei mit Erfolg keine Diskussion, keine Verhinderung mit ihr herbeizuführen. Köme man aber diese Sozialdemokratie wirksam fördern, als durch Verperrung des Weges der Selbsthilfe für die Arbeiter und die jetzt beliebte Art der Anwendung und Auslegung der Gesetze? Wer sich heute noch einbilde, die Herrschaf der Sozialdemokratie durch Volksmittel brechen zu können, der sei mit Blindheit geschlagen und werde, an leitender Stelle stehend, unter Umständen gefährlich. Es könne nicht darauf ankommen, die Sozialdemokratie zu beseligen, sondern die Hindernisse, welche der Umwandlung der Sozialdemokratie in eine Reformpartei im Wege ständen. Die Verlagerung der Gleichberechtigung sei aber das schlimmste Hindernis, und dieses wegzuschaffen, Sache einer richtigen Sozialreform. Man werfe den Gewerkschaften — vielfach mit Recht — Terrorismus, Machtmißbrauch und — dies allerdings mit ungeheurer Heberbreitung — Schwächung der industriellen Kraft vor. Anwendung von Gewalt gegen Schwächere sei die widerwärtigste Erscheinung im sozialen Leben. Machten sich aber etwa nur die Arbeiter dessen schuldig? Gebe es keine Ringe, Ausperrungen, schwarze Listen? Es handle sich da um eines der ältesten Leiden der Menschheit, um einen Keil der Barbarei, welcher vor der wachsenden Kultur schwinden müsse. Man möge strafen auf dem Boden des gemeinen Rechts, aber nicht bloß den Arbeiter, und im übrigen eine Entwidlung zum Besseren antreiben, indem man beiden Seiten kräftige, einheitliche Organisationen gebe und den Kampf durch den Vertrag erzeuge. Dazu sei eine zweckentsprechende Veränderung der Vereinsgesetzgebung erforderlich. Eine tiefe Kluff tue sich heute auf zwischen der bürgerlichen Gesellschaft und der Arbeiterklasse, der innere Friede sei stark erschüttert und gefährdet. Daraus erwachse die doppelte Aufgabe, einmal die Lage der Arbeiter überlegt und konsequent zu bessern, das Elend zu bannen, andererseits die Unzufriedenheit zu beseligen, den Arbeitern zu zeigen, daß sie nicht verlassen seien, nicht allein ständen, und den inneren Frieden der Nation wieder zu geben. Alle Zwangsmittel müßten man ablehnen: die sozialistengesetzliche Erfahrung lehre, daß Gewalt nur vorübergehende Wirkungen zu erzielen vermöge, aber nicht Genügnungen ändere. Deshalb würden die Sozialreformer allen Vorwürfen, einzell von welcher Seite, zum Troze, ihren Weg weitergehen, Idealisten insofern, als sie von der Ausführbarkeit ihrer Gedanken überzeugt seien. Mit einem gewissen Rechte habe Sombart von dem ungeheuren Defizit an idealer Begeisterung gesprochen, welches das vergangene Jahrhundert hinterlassen habe, und beklagt, daß die Kräfte an der Vertretung großer politischer Gesichtspunkte geschwunden sei — aber ein neues, größeres Ideal sei da: Die Hebung der materiellen und ideellen Lage der Lohnarbeiter. Geistiges und wirtschaftliches Ringen werde nicht schwinden, aber notwendig für die sittliche Entwicklung sei, daß es sich abspiele ohne daß des Bürgers gegen den Bürger und unter Achtung des Rechts, das für beide Teile gleich zu bemessen sei. Dobe ideale Lagen auf der Straße, müßten nur die Menschen sich danach haken! So wolle man denn rüsten an den trägen Gewern, sie befehren oder — bekämpfen! (Lebhaft, anhaltender Beifall.)

Sind städtische Arbeiter Staatsbürger zweiter Klasse?

Das Dresdener Stadtverordnetenkollegium hat in diesen Tagen einen Beschluß gefaßt, der geeignet ist, weit über Sachiens Grenzen hinaus den allerschärfsten Protest hervorzurufen. Die Dresdener Stadtverordneten, in der Dauerfrage eine Zusammenkunft von niederen Kleinhandwerkern und Kaufleuten, hatten in diesen Tagen über eine vom Räte vorgelegte Arbeitordnung für

städtische Arbeiter zu beraten. Diese günstige Gelegenheit selbst in reaktionären Sachen, als unreaktionär bekannte Dresdener Stadtverordnetenkollegium nicht entgegen lassen, die städtischen Arbeiter zu Staatsbürgern zweiter Klasse herabzudrücken und dabei ganz gehörig in Mittelhandstretterei zu machen.

Sie falsulierten schlau, sehr schlau, die Mittelhandstretter des Dresdener Stadtverordnetenkollegiums! Um ihr gutes Herz für die Arbeiter in das hellste Licht zu rufen, sollte, so hatten sie bereits vorher beschlossen, den Arbeitern eine kleine Lohnhöhung zuteil werden, dafür aber sollten diese sich dann auch hübsch artig zeigen und das Verbot der Beteiligung an einem Konsumverein ohne Murren entgegennehmen.

Eine hübsche Rechnung! Den städtischen Arbeitern wird ein magerer Brocken in Gestalt einer winzigen Lohnhöhung hingeworfen, dafür sollen sie sich des Segens der Konsumvereine begeben. Wer hätte dann aber in Wirklichkeit die Lohnhöhung bekommen? Nicht etwa die Arbeiter, sondern die Dresdener Kleinhandlender hätten sich die Beteiligung an den Konsumvereinen vorbehalten und die Lohnhöhung sparen. Dann würden also der Dresdener Stadtfiskus und so mit die Dresdener Steuerzahler die 40.000 Mk. behalten. Da hätten wir also die eine Gruppe; und zwar die Gruppe der Zahlenden. Nun zu den Arbeitern. Die Arbeiter hätten so etwas wie Lohnhöhung erhalten, und zwar auf Verreiben der mittelhandstretterischen Dresdener Stadtverordneten, dafür aber wird den Arbeitern die Beteiligung an den Konsumvereinen verboten. Wenn ein Arbeiter, der Familienvater ist, seine ganzen Bedürfnisse in dem Konsumverein deckt, dann kann er bei einer Rückvergütung von 1 pCt. am Schlusse des Jahres eine bare Rückvergütung von 60-65 Mk. erwarten. Ob die Lohnhöhung, die die Mittelhandlender den Arbeitern gnädigst bewilligen wollen, so hoch wie die Rückvergütung des Konsumvereins bemessen sein wird, ist für denjenigen, der die Barsamkeit der meisten Stadtverwaltungen gerade nach dieser Richtung hin kennt, wohl mehr als fraglich. Doch damit nicht genug. Der Arbeiter erhält erwiebenermaßen als Mitglied eines Konsumvereins viel bessere und unerschöpfliche Ware, als er bei den Krämerern je erhalten wird. Außerdem gehen dem so mit einer Lohnhöhung beglückten Arbeiter all die sonstigen ideellen und materiellen Vorteile, die die Konsumvereine ihren Mitgliedern bieten, verloren. Da haben wir also die zweite Gruppe: der an diesem „Geschäft“ beteiligten, und das ist die Gruppe — der Gewerbeten.

Nun zu der dritten Gruppe, den Krämerern. Es ist also nunmehr den Arbeitern verboten, einem Konsumverein anzugehören. Sie sind infolgedessen gezwungen, die viel schlechteren Waren der Krämer zu viel teureren Preisen zu kaufen, dadurch geht der geringe Vorteil der Lohnhöhung den Arbeitern reichlich wieder verloren. Die Rechnung ist also einfach: Angeblich hat man den Arbeitern eine Lohnhöhung bewilligt, die den Steuerzahlern die hübsche Summe von 40.000 Mk. kostet und die Krämer kommen bei und stecken diese Lohnhöhung in Gestalt teurer, schlechterer Waren, die sie den Arbeitern verkaufen, reichlich wieder ein. Ziehen wir also das Fazit: Die Kleinhandlender und Kleinrämer haben sich eine Lohnhöhung bewilligt und die Dresdener Steuerzahler bezahlen diese, und da haben wir die dritte Gruppe: die Krämer, das sind die lachenden Erben.

Zum Schluß noch eins, und zwar ist dies die dritte Seite dieses unhaltbaren Beschlusses. Hat das Dresdener Stadtverordnetenkollegium das Recht, die städtischen Arbeiter zu Staatsbürgern zweiter Klasse zu degradieren? Wir sagen nein und tausendmal nein! An den Dresdener städtischen Arbeitern ist hier ein himmelstreiches Unrecht verübt worden, das diese sich nie und nimmer gefallen lassen können. Nicht allein, daß es das ewig ungehörige Menschenrecht der Entzerrten unserer Tage ist, sich mit ihren Lebensgefährten zur Verbesserung ihres Daseins zu vereinigen, das kein Gesetz und kein Beschluß irgend einer Minderheit jemals wird verhindern können, so verliert auch dieser Beschluß der Dresdener Stadtverordneten gegen die bestehenden Reichsgesetze, die selbst auch in Sachen respektiert werden müssen: diese Reichsgesetze garantieren den Arbeitern das freie Koalitionsrecht! Dies werden auch die Dresdener Stadtverordneten noch zu ihrem Leidwesen erfahren müssen. E. R.

Aus unserer Bewegung.

In Breslau sprach am 15. und 18. Oktober Kollege Bürger Berlin in öffentlicher Versammlung und in Sauburg am 18. d. Mt. Kollege Schubert. Berlin. Spezialberichte folgen.

Berlin. Die Filiale Groß-Berlin hielt ihre erste Versammlung unter Vorsitz des Kollegen Nitzig am Montag, den 12. Oktober, in den Armiihallen, Kommandantenstraße 20, ab. Als erster Punkt der Tagesordnung stand ein Vortrag des Kollegen Titmer über „Aufgaben von Staat und Gemeinde“, welcher von der Versammlung sehr beifällig aufgenommen wurde. Abschluß wurde das Reglement für den Filialvorstand und die

erweiterte Verwaltung, des Weiteren die Festsetzung der Entschädigung für die Beitragsammler und Sektionsfahrender beraten. Während dieser Verhandlung ließ ein Antrag vom Kollegen Müller ein, der besagt: „Stellungnahme betreffs des Drucks unserer „Gewerkschaft“ in der Vorwärts-Druckerei“ mit auf die Tagesordnung zu setzen. Dieser Antrag wurde angenommen. Nachdem das Reglement im Sinne der erweiterten Verwaltung angenommen, wovon die Vereinsfunktionäre je ein Exemplar zugestellt erhalten, wurde in die Verhandlung des oben genannten Antrages Müller eingetreten. Kollege Müller geistelte scharf die Handlungsweise des Verbandsvorstandes, indem ein Beschluß der Generalversammlung, den Druck der „Gewerkschaft“ in der Vorwärts-Druckerei herzustellen, nicht zur Ausführung gebracht wird. An der Debatte beteiligten sich mehrere Redner, auch der geschäftsführende Vorsitzende, Kollege Voerlich. Schließlich lief eine Resolution folgenden Inhalts ein:

„Die heutige Versammlung der Filiale Berlin protestiert gegen das Verhalten des Hauptvorstandes, betreffend des Drucks der „Gewerkschaft“ in der Vorwärts-Druckerei. Die Versammlung erblickt darin eine Nichtachtung der Generalversammlungsbeschlüsse und erwartet vom Verbands-Ausschuß eine schnelle Regelung der gefassten Beschlüsse.“

Die Versammlung nimmt mit großer Majorität diese Resolution an. Nachdem Kollege Voerlich noch darauf hingewiesen, daß man alle wichtigen Anträge, wie auch den soeben angenommenen, erst dem Filialvorstand zu Vorberatung überweisen möchte, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung die gut besuchte Arbeiter-Versammlung.

Berlin. (Sektion I.) Generalversammlung Mittwoch, den 14. d. Mt. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Vortrag des Herrn Schwante über die Visitation und ihre Gefahren für die Arbeiterklasse. 2. Rassenbericht. 3. Berichtendes. Um 1/4 Uhr eröffnete der Vorsitzende die Versammlung. Nachdem das Protokoll verlesen, erhielt der Referent das Wort zu seinem Vortrage. Referent schildert in ergreifenden Worten, wie unbarbarisch die Visitationen an Tieren und auch an Menschen vorgehen und daß es gerade die Arbeiterklasse ist, die darunter zu leiden hat. Denn in Krankenhäusern gingen öfter Dinge vor, die jeder Beschreibung fähig sind. Referent verliest hierzu eine große Anzahl von Fällen aus medizinischen Schriften, die fast ungläublich sind, aber doch alle Tage vorkommen. Zu nun verschiedene berühmte Professoren herausgefunden haben, daß durch die Visitation sich nicht ein einziges Resultat herausgestellt hat, was zu verwenden wäre, so fordert der Referent auf, daß sich alle Arbeiter zusammen tun müßten, um einen gewaltigen Protest einzulegen gegen das Treiben der Visitationen. Die Regierung, die dazu verpflichtet wäre, dem Treiben Einhalt zu tun, griffe z. J. nicht ein. Nach 1 1/2 stündigem Vortrage erklärte sich die Versammlung voll und ganz einverstanden mit dem Referenten und erklärte, überall darauf zu agitieren, auch unsere Vertreter im Parlament aufzufordern, auf die Regierung in diesem Sinne einzuwirken. Zum zweiten Punkt, Rassenbericht, den Kollege Land eritratete, erklärten die Referenten, daß sie alles in Ordnung gefunden haben. Darauf kritisiert der Vorsitzende das Verhalten des Kollegen Vahr II, der Gelder von den Kollegen einfißerte, aber keine Marken dafür geleistet hat. Kollege Zichu gibt noch einen kurzen Bericht über die stattgehabene Ausschusssitzung. Um 11 Uhr schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Verband.

Berlin Ib. (Gasanalisten-Gesellschaft.) Versammlung am Dienstag, den 20. Oktober. Ein Blick in die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung lautete das Thema zu einem Vortrage, den der Verbandstretter Bürger hielt. Der Vortrag wurde mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und durch Beifall gelobt. Der Sektionsvorstand brachte dann in Voranschlag, die Sektionsversammlungen von Dienstag auf Freitag zu verlegen, da bekanntlich auch Dienstags die Mitgliederversammlungen der Filiale abgehalten würden. Diese Mitgliederversammlungen aber seien so wichtig, daß deren Verzicht nicht durch eine Sektionsversammlung erwidert werden dürfe. Die Versammlung beschloß dementsprechend, und so findet die nächste Sektionsversammlung am Freitag, den 13. November, abends 9 1/2 Uhr, bei Ewald, in der Schönleinstraße 4, statt. Auf Antrag der Sektionsleitung wurde beschlossen, dem Sektionsfahrender einen kleinen Stranz zu kaufen zwecks Verwahrung der Verbandsachen, Bücher usw. Die nächsten Verhandlungen gestalteten sich teilweise sehr erregt, indem ein Streitfall Dubrich-Kaminski zum Austrag gebracht werden sollte. Von den beteiligten Kollegen war weder der eine noch der andere erschienen. Wobei ein Beweis dafür, daß beiden die Sache jedenfalls gleich gültig war. Einige Versammlungsteilnehmer aber waren der Meinung, daß trotzdem in eine Vertagung eingetreten werden müsse. Die von verschiedenen Rednern gegebene Darstellung des Sachverhalts fiel zu Ungunsten des Kollegen Kaminski aus. Die Diskussion ging sehr in die Breite, und man beschuldigte den K., daß er schuld an der Entlassung Dubrichs trage, wie er schon mehrfach durch Zwischentragereien Entlassungen von Kollegen veranlaßt haben soll. Allerdings wurde auch noch betont, daß Dubrich seine Entlassung selbst verschuldet habe, indem er sich weigerte, eine ihm übertragene Arbeit auszuführen, und schließlich sei ihm seine Entlassung sehr gleichgültig gewesen. Bei dieser Gelegenheit fielen noch einige Seitenhiebe für den Arbeitersauschuß ab, weshalb der Kollege Wend sich verpflichtet fühlte, sein Mandat zum Arbeitersauschuß sowie auch das als Leiter der Sektion den Mitgliedern zur Verfügung zu stellen. Davon wollte aber die Versammlung nichts wissen und sprach ihm ihr ungeteiltes Vertrauen aus. Es wurde dabei von allen Sprechern erklärt, daß weder der eine oder andere Kollege K. mit Nebenarten beflügelt habe, wie z. B.: er stehe mit der

Direktion unter einer Decke und ähnliche mehr, sie das in ihrer Dummheit getan hätten und ein vernünftiger Mensch könne darauf nichts geben. Die Versammlung beschloß, bei der Filialversammlung den Ausschluß des Kollegen Kaminski zu beantragen, und veranstaltete zum Schluß eine Sammlung für die Ausgesperrten in Grimnitzkau.

Berlin, Sektion IV (Englische Gasanstalten). Am Montag, den 19. Oktober, fand in Schönberg bei Ebst eine gut besuchte Versammlung der Arbeiter der Gasanstalt Schönberg statt. Kollege Titmer sprach über: „Zweck und Ziele der Organisation“. Er wies in seinem Vortrage auf die Ertragsunterschiede einzelner Organisationen hin und daß ein festes Zusammenhalten der Arbeiterkraft auch unter den heutigen Verhältnissen imstande sei, ihre Lage zu bessern. Diskussion wurde nicht beliebt. In kurzen Worten wies der Vorsitzende, Kollege Polenz, noch auf den günstigen Ausfall der Arbeiter-Auswahl hin und daß es nun auch Pflicht jedes einzelnen sei, die noch indifferenten Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Beschlossen wurde noch, die regelmäßigen Versammlungen stets am Mittwoch nach dem 15. im Monat abzuhalten.

Die am Donnerstag, den 22. Oktober, bei Mertowski, Andreaskirche 26, stattgefundene Versammlung der Anstalt Holzmarktstraße war leider nur schwach besucht. Kollege Titmer wies in längerer Ausführungen auf die Notwendigkeit der Organisation hin. Nur so könne dem Treiben, der gerade in der Anstalt Holzmarktstraße sich als Herren fühlenden Unterbeamten ein Dalt geboten werden. Leider ist aber die Furcht vor diesen Leuten und sonstigen Angebern so groß, daß sich die Kollegen sogar scheuen, eine Versammlung zu besuchen. Die Versammlung nahm schließlich eine Resolution an, die den Arbeiter-Ausschuß beauftragt, für die volle Gewährung des Koalitionsrechtes einzutreten. Beschlossen wurde, die regelmäßigen Versammlungen in Zukunft mit den Kollegen der Anstalt Gitschinerstraße abzuhalten.

Berlin. Die Sektion X (Köhrenmühle) hielt am Sonntag, den 18. Oktober 1903, ihre Mitglieder-Versammlung ab, in welcher der Arbeiter-Ausschuß seinen Bericht über die Lohnforderung abgab. Der Herr Dirigent Bremer habe sich dahin geäußert, daß er nichts bewilligen kann und daß wir ja auch selber stehen wie die Arbeiter der Privatindustrie (Eisenarbeiter und Straßenbahn). Da unsere Forderung aber nur eine Bescheidene ist, haben wir beschloffen, uns bei diesem Bescheide nicht zu beruhigen, sondern die Sache nochmals genau zu beraten und dann wieder vorzulegen. Es wurde dem Arbeiter-Ausschuß noch eine Kommission beigegeben. Des weiteren wurde der Fall Kellert nochmals zur Sprache gebracht. Es hat das auch von Kellert vorgelesen, welches bis zur zweiten Woche im Mai bezahlt ist, aber die geforderte Entschädigung konnte ihm in seinem vollen Maße nicht gewährt werden. Er solle erst die Schuld begleichen, dann könne man der Frage der Entschädigung näher treten.

Es wurde dem Kollegen V. eine Unterfertigung von 5 Mk. gezahlt, weil er durch Krankheit und Zerklebung in der Kamille in unangenehme Lage gekommen ist. Unser Sitzungsprotokoll findet im November statt.

Gesamt. In der letzten Versammlung wurde der Vertrauensmann dahingehend beauftragt, eine Petition anzufertigen, welche sich mit verschiedenen Fragen der Gasarbeiter beschäftigt. Die Eingabe sollte folgende Forderungen enthalten: Errichtung eines Arbeiterauschusses, Verkürzung der 24stündigen Wechselzeit, Errichtung von größeren Arbeiterclubs und Kabineneinrichtungen für beide Anstalten, sowie Lieferung von Arbeitsanzügen und Gewährung eines höheren Lohnes bei Arbeiten in der Reinigung und beim Reifeputzen. Von der Wahl einer Kommission wurde Abschied genommen und der Vertrauensmann beauftragt, die Petition zu unterschreiben und dem Herrn Direktor zu überreichen. Kollege Kretschmar kam auch diesem Auftrage nach und übergab dem Direktor am Montag die Eingabe. Nachdem er von demselben verschiedene Äußerungen hatte anhören müssen, weil er doch nicht mehr in der Gasanstalt beschäftigt sei und dergleichen mehr, verteidigte er sich sowie den Verband nachdrücklich. Doch der Herr Direktor hatte ja die Eingabe angenommen, und war somit der Zweck erreicht. Am Dienstag erhielt der Bevollmächtigte die Eingabe mit folgendem Schreiben zurück:

Herrn Max Kretschmar. Nachdem die mir soeben persönlich übergebene Petition nur Ihre alleinige Unterfertigung trägt, Sie aber weder der Arbeiterkraft der städtischen Gasanstalten angehören, noch irgend eine Vollmacht zur Vertretung derselben besitzen, würde ich nicht in der Lage sein, auf dieselbe einen Bescheid zu erteilen, und bin daher genötigt, Ihnen die Petition zurückzugeben, es den Leuten überlassend, mir dieselbe auf einem legalen Wege, z. B. durch den belichenden Arbeitersauschuß zugehen zu lassen.

Achtungsvoll G. Vebig, Gasanalisten-Direktor.

Die Gasarbeiter werden hierzu am Freitag abend sowie Sonntag vormittag im Lokal „Sächsischer Volkshaus“, Moltkestraße 14, in öffentlichen Versammlungen Stellung nehmen und höfentlich die nötige Antwort erteilen.

Ihr Gasarbeiter steht jedoch hieraus, daß es jetzt gilt, solange zu arbeiten, bis der letzte Gasarbeiter jeder Kategorie dem Verbanne angehört, dann wird man sich hüten, Eurem Vertreter eine solche Behandlung zuteil werden zu lassen.

Alles nähere später. Die Kollegen werden noch ersucht, den Rasierern die Bücher zum Abstemmen zu übergeben, damit alles genau kontrolliert werden kann.